

**Unser Programm
für Vorarlberg.**

Wieder mehr Gerechtigkeit für Vorarlberger.

- 06 Wieder mehr zum Leben.**
Wohnen wieder leistbar machen.
Wieder mehr für die Fleißigen tun.
Hilfe für die, die es brauchen.
- 10 Wieder mehr auf die Vorarlberger schauen.**
Zuwanderung in unser Sozialsystem stoppen.
Sozialleistungen in erster Linie für Staatsbürger.
- 12 Vorarlberger Familien stärken.**
Familiengeld in Vorarlberg einführen.
Kinderbetreuungsangebot ausbauen.
- 14 Frauen besser unterstützen.**
Gleichberechtigung statt Gleichmacherei.
Gleicher Lohn für gleiche Leistung.
- 16 Unsere Jugend – unsere Zukunft.**
Leistungsfähiges Bildungssystem sicherstellen.
Mobilität für junge Vorarlberger fördern.
- 17 Altern in Würde ermöglichen.**
Gerechte Pensionen sicherstellen.
Pflege nachhaltig sichern.
- 19 Gesundheitsversorgung verbessern.**
Wartezeiten verkürzen.
Dem Ärztemangel entgegenwirken.
- 21 Regionalität fördern.**
Zukunft für unsere heimische Landwirtschaft.
Den ländlichen Raum stärken.
- 23 Einsatz für Tierschutz.**
Illegale Tiertransporte stoppen.
Kein Platz für Schächten.
- 24 Direkte Demokratie ausbauen.**
Bürgernahe Politik umsetzen.
Mehr direkte Bürgerbeteiligung fördern.

Wieder mehr Sicherheit für Vorarlberger.

- 27 Beste Unterstützung für unsere Polizei.**
Mehr Polizisten für Vorarlberg.
Moderne Ausrüstung für Polizisten.
Keine Schließung von Polizeiposten.
- 28 Klares Bekenntnis zu unserem Bundesheer.**
Bundesheerstrukturen im Land erhalten.
Moderne Gerätschaft und Ausrüstung sicherstellen.
- 29 Mehr Sicherheit im öffentlichen Raum.**
Polizeipräsenz an Brennpunkten verstärken.
Sicherheit in öffentlichen Gebäuden verbessern.
Ausländischen Bettlerbanden das Handwerk legen.
Drogenhandel rigoros bekämpfen.
- 31 Einsatz für den Selbstschutz.**
Förderung von Alarmanlagen einführen.
Selbstverteidigungskurse verstärken.
- 32 Ehrenamt und Freiwilligenarbeit stärken.**
Unsere Helfer bestmöglich unterstützen.
Ehrenamtsbonus für Betriebe.
- 33 Unkontrollierte Zuwanderung stoppen.**
Klare Trennung zwischen Asyl und Zuwanderung.
Kriminelle rasch außer Landes bringen.
- 34 Unsere Werte schützen und bewahren.**
Integration in unsere Werteordnung.
Null Toleranz gegenüber politischem Islam.
Kein Ausländerwahlrecht.

Vorarlberg wieder voranbringen.

- 38 Standort stärken – Wohlstand schaffen.**
Vorarlberg als Wachstumsregion positionieren.
Mehr Freiheit – weniger Bürokratie.
Fachkräfteoffensive für Vorarlberg umsetzen.
- 41 Zukunftsfähige Verkehrsinfrastruktur sicherstellen.**
Zusammenspiel aller Verkehrsträger forcieren.
Belastungsmodelle und Verbote verhindern.
Entlastungsprojekte realisieren.
- 42 Vorarlberg zur führenden Digitalregion machen.**
Breitbandausbau rasch vorantreiben.
Schneller Ausbau von 5G.
Ausbau digitaler Behördenwege.
- 44 Tourismusstandort stärken.**
Zukunftsfähige Infrastruktur statt Verhinderungspolitik.
Bürokratieabbau für Tourismusbetriebe.
Vorarlberg als Marke stärker bewerben.
- 46 Für ein starkes Vorarlberg in einem starken Europa.**
Entscheidungen dort treffen, wo es Sinn macht.
NEIN zu EU-Beitritt der Türkei.
- 48 Bildungsland Vorarlberg weiterentwickeln.**
Deutsch als Voraussetzung.
Differenziertes Schulsystem erhalten.
- 51 Umwelt- und Klimaschutz mit Hausverstand.**
Neue Technologien statt neue Belastungen.
Anteil erneuerbarer Energie auf 100 Prozent ausbauen.
- 53 Vorarlberg als kulturelle Aufsteigerregion etablieren.**
Kulturelles Erbe weitergeben.
Kreativität fördern.
- 54 Sport und Bewegung fördern.**
Sport von klein auf möglich machen.
Breitensport sicherstellen.

Wieder mehr

Gerechtigkeit

für Vorarlberger.

Gerechtigkeit bedeutet für uns:

- **Wieder mehr zum Leben haben.**
Wir sehen es als zentrale Aufgabe der Politik, dafür zu sorgen, dass den Menschen wieder mehr zum Leben bleibt.
- **Leistung muss sich lohnen.**
Wir müssen sicherstellen, dass jene, die arbeiten und etwas leisten, nicht die Dummen sind.
- **Hilfe für die, die es brauchen.**
Wir müssen den Missbrauch unseres Sozialsystems wirksam bekämpfen und dafür sorgen, dass unser soziales Netz jene auffängt, die auch wirklich Hilfe brauchen.
- **Zuerst auf die Vorarlberger schauen.**
Wir sehen es als unsere Aufgabe, in erster Linie die Interessen der Vorarlbergerinnen und Vorarlberger zu vertreten.



Wieder mehr zum Leben.

„Aufgabe der Politik ist es, dafür zu sorgen, dass den Menschen wieder mehr zum Leben bleibt.“

Für viele Vorarlbergerinnen und Vorarlberger wird es immer schwieriger, mit ihrem Einkommen über die Runden zu kommen.

Für uns ist deshalb klar: Es ist Aufgabe der Politik, dafür zu sorgen, dass den Menschen wieder mehr zum Leben bleibt.

Wohnen wieder leistbar machen.

„Die Vorarlbergerinnen und Vorarlberger müssen sich das Wohnen wieder leisten können.“

Die Wohnversorgung ist eines der wichtigsten Grundbedürfnisse des Lebens. Die Politik muss deshalb durch den gezielten Einsatz von Förderungsmitteln für leistbaren Wohnraum für die Vorarlbergerinnen und Vorarlberger sorgen. Eine ganz zentrale Rolle nimmt dabei der soziale Wohnbau ein, der bei uns im Land noch stärker forciert werden muss.

Vorarlberg hat mittlerweile die höchsten Mietpreise.

Eine im März 2019 präsentierte Studie zeigt, dass wir in Vorarlberg mittlerweile die höchsten Mietpreise im Bundesländervergleich zu verzeichnen haben. Auch der Anstieg der Mieten mit einem Plus von 11 Prozent im Jahr 2018 war in Vorarlberg am stärksten.

Für viele entwickeln sich diese hohen Wohnkosten immer mehr zum Problem, weil sie einen immer größeren Teil des Einkommens verschlingen. Speziell für junge Menschen, Familien und Alleinerzieher ist geeigneter Wohnraum oft nur schwer leistbar. Anstatt dieses Problem nur schönzureden, müssen wir endlich mutig Lösungen umsetzen.

Leistbare Startwohnungen für junge Menschen und Familien.

Mit Stichtag 15.4.2019 waren bei den Gemeinden in Vorarlberg 5.878 Personen bzw. Haushalte als wohnungssuchend vorgemerkt. Davon sind 1.983 Anträge von Personen unter 30 Jahren gestellt worden.

Daher wollen wir ergänzend zum notwendigen Ausbau des Wohnungsangebots, in Vorarlberg ein eigenes Programm für leistbare Startwohnungen für junge Menschen und Familien umsetzen und im Rahmen der Wohnbauförderung nach Vorbild des Landes Oberösterreich das Projekt „Junges Wohnen“ ins Leben rufen.



Das „Junge Wohnen“ zeichnet sich durch maßgeschneiderte und für junge Menschen und Familien leistbare Wohnungen aus, für welche kein Eigenmitteleinsatz zu leisten ist und die Mietpreise bieten, die auch für junge Menschen leistbar sind. Gefördert wird die Errichtung von günstigen Mietwohnungen für junge Menschen und Familien.

Eigentumserwerb erleichtern.

Damit es in Zukunft für die Menschen wieder leichter wird, Wohneigentum zu schaffen, müssen ganz gezielte Maßnahmen gesetzt werden. Konkret wollen wir einen Wegfall der staatlichen Gebühren und Steuern beim ersten Eigentumserwerb.

Gebührenbremse umsetzen und überzogene Vorschriften abschaffen.

Um eine Senkung der Baukosten zu erreichen, muss es zu einer Abschaffung von überzogenen Vorschriften und unnötigen Normen kommen.

Des Weiteren wollen wir eine Gebührenbremse umsetzen, die sicherstellt, dass Abgaben und Gebühren nicht ständig stärker erhöht werden, als die allgemeinen Preise.

Ohne Deutschkenntnisse keine geförderte Wohnung.

Für uns steht außer Frage, dass Integration eine Bringschuld jener Menschen ist, die in unser Land kommen. Heute müssen wir aber feststellen, dass gerade in Siedlungen und Wohnanlagen mit hohem Ausländeranteil die kulturellen Unterschiede zunehmend für Konflikte sorgen. Vor allem kommt es verstärkt zu Problemen, die bei besseren Deutschkenntnissen vieler Bewohner nicht vorkommen würden.

Das Land sollte daher zwischen jenen differenzieren, die unsere Landessprache erlernen und jenen, die den Spracherwerb verweigern. Wir sagen: Ohne Deutschkenntnisse keine geförderte Wohnung.

Wieder mehr für die Fleißigen tun.

„Leistung muss sich wieder lohnen bei uns im Land.“

Die Politik muss Maßnahmen setzen, damit die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Unternehmerinnen und Unternehmer die Gewissheit haben, dass sich ihre harte Arbeit auch auszahlt.

Wir sagen: Wer arbeiten geht und bereit ist Leistung zu bringen, dem muss es in Vorarlberg möglich sein, mit seinem Einkommen ein gutes Leben führen zu können, Eigentum zu bilden oder ein eigenes Vermögen aufzubauen.

Zudem haben auch all jene, die ihr Leben lang hart gearbeitet haben und zusätzlich vielleicht sogar noch Kinder großgezogen haben, einen Anspruch auf eine gerechte Pension.

Steuern senken. Mehr Geld in der Brieftasche.

Die Steuer- und Abgabenquote bei uns gehört im internationalen Vergleich zu den höchsten. Hier braucht es eine deutliche Senkung, um eine Entlastung der arbeitenden Menschen sicherstellen zu können. Die türkis-blaue Bundesregierung hat hier erste Maßnahmen gesetzt. Es müssen aber weitere Schritte folgen, damit die Steuer- und Abgabenquote rasch auf unter 40 Prozent gesenkt wird und so den Menschen wieder mehr Geld in der Brieftasche bleibt.



Wer arbeitet und etwas leistet, darf nicht der Dumme sein.

Wir müssen auch darauf achten, die Differenz zwischen Arbeitseinkommen und den Leistungen aus dem Sozialsystem gerecht zu gestalten. Wir finden es ungerecht, wenn jene, die hart arbeiten am Ende teilweise weniger herausbekommen, als jene, die keinen Beitrag leisten. Zudem ist ein solches System leistungsfeindlich. Neben der Senkung der Steuer- und Abgabenquote für arbeitende Menschen wollen wir deshalb das schwarz-grüne System der Mindestsicherung rasch durch die neue Sozialhilfe ersetzen.

Gerechte Pensionen sicherstellen.

Wer jahrelang hart gearbeitet hat und vielleicht sogar noch Kinder großgezogen hat, darf am Ende nicht mit einer Minipension abgespeist werden. Wir wollen eine verbesserte Anrechnung von Kindererziehungszeiten im Pensionssystem sicherstellen. Zudem dürfen die jährlichen Anpassungen der Pensionen nicht unter der Inflation liegen, weil ansonsten unseren älteren Menschen Jahr für Jahr weniger zum Leben bleibt.

Hilfe für die, die es brauchen.

„Unser soziales Netz soll jenen helfen, die sich nicht selbst helfen können, aber keine Hängematte für Arbeitsunwillige sein.“

Für uns ist klar: Es braucht in unserem Land ein ordentliches soziales Netz, das da ist, wenn man Hilfe braucht. Dieses soziale Netz ist eine der größten Errungenschaften in unserem Land. Es ist Aufgabe der Politik, dieses System zukunftsfähig zu halten und dort anzupassen, wo es notwendig ist.

Dabei muss uns allen klar sein, dass unsere großzügigen Leistungen hart erarbeitet werden müssen. All jenen, die fleißig arbeiten und ihre Steuern und Abgaben zahlen, verdanken wir die Aufrechterhaltung unseres Systems. Deshalb sagen wir: Unser soziales Netz soll jenen helfen, die sich nicht selbst helfen können, aber keine Hängematte für Arbeitsunwillige sein.



Steuergelder für Bedürftige statt für aufgeblähte Verwaltungsapparate.

Um unser Sozialsystem auch in Zukunft finanzieren zu können, müssen wir danach streben, überflüssigen Verwaltungsspeck abzubauen. Die Mittel sind für Bedürftige einzusetzen und dürfen nicht der Bürokratie zum Opfer fallen.

Misstände in der Kontrolle abstellen.

In den letzten Monaten sind in Vorarlberg gerade im Sozialbereich erhebliche Misstände im Bereich der Steuerung und Kontrolle durch das Land ans Tageslicht gekommen. Diese Misstände müssen abgestellt werden. Die Vorarlbergerinnen und Vorarlberger haben ein Recht darauf, dass mit ihrem Steuergeld ordentlich umgegangen wird.

Sozialmissbrauch wirksam bekämpfen.

Ein funktionierender Sozialstaat hat aber auch die Verpflichtung, Sozialmissbrauch, die Ausnützung des Systems und ungerechtfertigte Privilegien zu bekämpfen. Das ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch notwendig, um unser soziales Netz finanzierbar zu erhalten.

Ungerechte Privilegien im Kammern- und Pensionssystem abschaffen.

Gerechtigkeit bedeutet auch, dass man ungerechte Privilegien und Luxuspensionen abschafft.

Besonders im Kammersystem genießen Funktionäre Vorteile und Privilegien. So wird etwa die Funktion des Arbeiterkammer-Direktors in Vorarlberg mit 11.764 Euro vergütet. Das ist mehr als das 5-fache des Durchschnittsverdienstes eines einfachen AK-Mitglieds. Zudem leisten sich Kammerfunktionäre Zusatzpensionen auf Kosten der Allgemeinheit.

Wir fordern die Abschaffung von ungerechten Privilegien im Kammern- und Pensionssystem.

Unsere Maßnahmen:

Wohnen wieder leistbar machen.

- Mietpreise senken
- Gebührenbremse umsetzen, für leistbare Betriebskosten
- Leistbare Startwohnungen für junge Menschen und Familien schaffen
- Eigentumserwerb erleichtern
- Ohne Deutschkenntnisse keine geförderte Wohnung
- Überzogene Bauvorschriften abschaffen

Wieder mehr für Fleißigen tun.

- Steuern auf Arbeit senken – Mehr Geld in der Brieftasche
- Differenz zwischen Arbeitseinkommen und Leistungen aus dem Sozialsystem gerecht gestalten
- Gerechte Pensionen sicherstellen

Hilfe für die, die es brauchen.

- Soziales Netz für Vorarlberger zukunftsfähig halten
- Steuergelder für Bedürftige statt für aufgeblähte Verwaltungsapparate
- Missstände in der Kontrolle abstellen
- Sozialmissbrauch wirksam bekämpfen
- Ungerechte Privilegien im Kammern- und Pensionssystem abschaffen

Wieder mehr auf die Vorarlberger schauen.

„Wir sehen es als unsere Aufgabe, die Interessen der Vorarlbergerinnen und Vorarlberger in den Mittelpunkt zu stellen.“

In den letzten Jahren fühlen sich immer mehr Vorarlbergerinnen und Vorarlberger mit ihren Problemen alleine gelassen. Das wollen wir ändern.

Wir sehen es als unsere Aufgabe, bei uns im Land wieder die Interessen der Vorarlbergerinnen und Vorarlberger in den Mittelpunkt zu stellen. Ihnen sind wir verpflichtet. Und danach richten wir auch unsere politische Arbeit aus.

Gerade das soziale Netz bei uns im Land muss zuerst für unsere Staatsbürger da sein.

Neben staatlichen, gesetzlich geregelten Kernaufgaben im Bereich der Sozialhilfe, die teilweise auch gemeinsam mit dem Bund geleistet werden, gewährt das Land Vorarlberg freiwillige Sozialleistungen, wie etwa die Wohnbeihilfe, den Familienzuschuss oder den

Heizkostenzuschuss. Alle diese Leistungen fließen auch an Nichtstaatsbürger. Als Ergebnis sind heute bei vielen freiwilligen Sozialleistungen Ausländer als Bezieher überdurchschnittlich vertreten. Diese Entwicklung wollen wir nicht tatenlos hinnehmen, sondern dieser wollen wir entgegenwirken. Nur so können wir unser soziales Netz sichern.

Zuwanderung in unser Sozialsystem stoppen.

„Um unser soziales Netz zukünftig sicherstellen zu können, müssen wir es schützen.“

Unser großzügiges Sozialsystem zieht Menschen an, weil die sozialen Leistungen bei uns bei Weitem höher sind, als in ihrem Heimatland. Das führt zu einer immer stärkeren Belastung unseres Sozialsystems. Das hat zwei Auswirkungen: Erstens werden die, die ihren Beitrag leisten in unserem Land immer größeren Belastungen ausgesetzt, um die Finanzierung des Systems aufrechterhalten zu können. Zweitens werden die sozialen Leistungen am Ende für alle weniger.

Um unser soziales Netz zukünftig sicherstellen zu können, müssen wir es schützen und die Zuwanderung in unser Sozialsystem stoppen.

Schwarz-grüne Mindestsicherung ist ungerecht.

Höchste Zeit für eine Veränderung gibt es beim System der schwarz-grünen Mindestsicherung in Vorarlberg. Wir haben heute nach Wien mittlerweile den höchsten Anteil an Beziehern von Mindestsicherung. 65 Prozent der Zahlungen gehen dabei bereits an Nicht-Österreicher. Das liegt am ungerechten System der schwarz-grünen Mindestsicherung.

Bei der schwarz-grünen Mindestsicherung bekommt jeder Asylberechtigte, der neu zu uns ins Land kommt, von Anfang an die vollen Leistungen, ohne jemals einen Beitrag für unser Land geleistet zu haben. Es reicht, wenn man die Unterschrift unter die Integrationsvereinbarung setzt und schon fließt das Geld. Damit muss Schluss sein.

Gleichzeitig erleben wir, dass viele, gerade in kinderreichen Familien, völlig zu Recht beklagen, dass es sich bei der jetzigen Mindestsicherung fast gar nicht mehr auszahlt arbeiten zu gehen, weil sie kaum mehr herausbekommen, als jene Familien, die Mindestsicherung beziehen.

So gibt es bei uns in Vorarlberg 122 Haushalte, die mehr als 2.000 Euro an Mindestsicherung kassieren (Stand Dez. 2018). 121 davon sind Nicht-Österreicher. Eine solche Entwicklung ist Gift für eine Gesellschaft. Wenn es sich nicht mehr auszahlt arbeiten zu gehen, weil man gleich viel oder mehr bekommt, wenn man nicht arbeitet, obwohl man arbeiten könnte, dann ist das ungerecht. Jemand, der arbeiten geht, muss mehr bekommen als jemand, der nicht arbeiten geht.

Neue Sozialhilfe rasch in Vorarlberg umsetzen.

Mit der neuen Sozialhilfe werden klare Maßnahmen gesetzt, um die Zuwanderung in unser Sozialsystem zu reduzieren. So werden in Zukunft Bezieher mit schlechten Deutschkenntnissen nicht die volle Mindestsicherung erhalten. Erst wenn man eine Integrationsleistung erbracht hat, erhält man volle Leistungen.

Jetzt geht es darum, diese neue Sozialhilfe auch in Vorarlberg rasch umzusetzen. Die Landesregierung steht aber auf der Bremse und will möglichst lange an ihrem ungerechten System festhalten.

Wir wollen Vorarlberg wieder gerechter machen. Wir müssen die Zuwanderung in unser Sozialsystem beenden. Dafür ist es notwendig, die neue Sozialhilfe auch in Vorarlberg rasch umzusetzen.

Sozialleistungen in erster Linie für Staatsbürger.

„Wer sich der Integration verweigert, darf dafür nicht noch belohnt werden.“

Wir wollen einen Kurswechsel für mehr Gerechtigkeit für Vorarlberger vornehmen. Sozialleistungen sollen in Zukunft in erster Linie Staatsbürger bekommen. So soll jenen, die schon länger bei uns im Land sind, sich aber der Integration verweigern, die Sozialleistungen gekürzt werden. Wir sagen: Integrationsverweigerer dürfen nicht auch noch dafür belohnt werden.

Für jene, die neu zu uns kommen wollen, soll der Zugang zu Sozialleistungen an die Integrationsleistung geknüpft werden. Zuerst muss ein Beitrag bei uns im Land geleistet werden, bevor man volle Sozialleistungen bekommt.

Auch EU-Bürger sollen nicht automatisch in den Genuss unseres Sozialsystems kommen. Hier soll es einen Zugang erst nach 5 Jahren Aufenthalt geben. Freizügigkeit bedeutet, überall in der Europäischen Union arbeiten zu dürfen. Es bedeutet aber nicht, dass man sich das beste Sozialsystem aussuchen kann.

Unsere Maßnahmen:

- Zuwanderung in unser Sozialsystem stoppen
- Sozialleistungen in erster Linie für Staatsbürger
- Kürzung der Sozialleistungen für Integrationsverweigerer
- Automatischer Zugang zu Sozialleistungen für EU-Bürger erst nach 5 Jahren in Österreich
- Ungerechte schwarz-grüne Mindestsicherung rasch durch neue Sozialhilfe ersetzen



Vorarlberger Familien stärken.

„Die Politik hat den Familien ein Leben nach ihren eigenen Wünschen zu ermöglichen.“

Unsere Familien leisten für unsere Gesellschaft einen enormen Beitrag. Deshalb müssen wir sie ganz besonders unterstützen. Gerade wenn es um die Kinderbetreuung geht, haben wir in Vorarlberg noch einiges zu verbessern.

Dabei ist unser Zugang klar: Die Politik hat den Familien ein Leben nach deren eigenen Wünschen zu ermöglichen.

Wir wissen, dass es gerade heute wieder viele junge Mütter gibt, die nach der Geburt gerne länger bei ihren Kindern bleiben würden. Viele können sich das aber finanziell nicht leisten. Sie müssen dann wieder früher arbeiten gehen, als sie das möchten.

Wir wollen, dass es sich Eltern in Zukunft wieder leisten können, wenn sie in den ersten Jahren bei ihren Kindern zuhause bleiben möchten. Deshalb wollen wir für sie ein spezielles Unterstützungsmodell einführen. Ein Familiengeld für Vorarlberger Familien.

Familiengeld in Vorarlberg einführen.

Das Modell des Familiengeldes sieht vor, dass allen Vorarlberger Familien, solange sie das Kinderbetreuungsgeld beziehen, weil sie sich in dieser Zeit selbst um ihre Kinder kümmern, ein Zuschuss (Familiengeld) gewährt wird. Weil sie es verdienen.

Das Familiengeld soll so ausgestaltet sein, dass die Familien zusammen mit dem Kinderbetreuungsgeld einen Betrag in Höhe der neuen Sozialhilfe (885 Euro) bekommen.

Kein Familiengeld für Deutsch-Verweigerer.

Wenn sich Eltern in den ersten Jahren für die familieninterne Betreuung ihrer Kinder entscheiden, muss eine entsprechende Erziehung und Vorbereitung auf Kindergarten und Schule gewährleistet sein. Dabei spielen etwa Kenntnisse der Deutschen Sprache eine ganz wesentliche Rolle. Familien, die ihre Kinder beim Spracherwerb nicht entsprechend unterstützen oder diesen behindern, sollen deshalb das Familiengeld nicht bekommen.

Kinderbetreuungsangebot ausbauen.

Neben dem Familiengeld müssen wir aber auch für alle, die rasch wieder in den Beruf einsteigen möchten, das Kinderbetreuungsangebot ausbauen. Wir brauchen mehr Plätze und vor allem brauchen wir flexiblere und attraktivere Öffnungszeiten in den Kinderbetreuungseinrichtungen.

Familienleistungen jährlich an die Teuerung anpassen.

Durch die laufende Teuerung verlieren Beihilfen und Auszahlungen der öffentlichen Hand stetig an Wert, wenn sie nicht regelmäßig an die Inflation angepasst werden. Damit es für unsere Familien nicht zu diesen versteckten Leistungskürzungen kommt, wollen wir die Familienleistungen, wie das Kinderbetreuungsgeld, die Familienbeihilfe oder den Familienzuschuss des Landes jährlich der Höhe der Teuerung anpassen.

Verbesserung der Situation für Mehrkind- und Mehrlingsfamilien.

Familien mit mehreren Kindern haben häufig mit finanziellen Nachteilen zu kämpfen. Der Alltag und die finanzielle Absicherung stellen oftmals eine große Herausforderung dar.

Auszahlung des Kinderbetreuungsgeldes für jedes Kind.

Eine bedeutende Maßnahme zur Unterstützung von Mehrkindfamilien wäre die Ausweitung des Kinderbetreuungsgeldes. Derzeit erhöht sich dieses bei Mehrlingsgeburten bei Zwillingen nur um das 1,5-fache, bei Drillingen auf das Doppelte. Wir wollen die volle Auszahlung des Kinderbetreuungsgeldes für jedes Kind auch bei Mehrlingsgeburten sicherstellen.

Unterstützungsbeitrag bei Mehrlingsgeburten einführen.

Eltern haben bei der Geburt von Zwillingen die doppelten Kosten und bei Drillingen die dreifachen Kosten für die Anschaffung der Babyausstattung. Um diese Mehrbelastung für Familien abzufedern, wollen wir in Vorarlberg eine Einmalförderung bei Mehrlingsgeburten einführen. Mit dieser freiwilligen Leistung des Landes Vorarlberg sollen Familien in der ersten Familienphase unterstützt werden. Bei der Geburt von Zwillingen soll die Förderung 500 Euro betragen. Bei Drillingen 1.000 Euro. Für jedes weitere Mehrlingskind soll sich die Förderung um 500 Euro erhöhen.

Unsere Maßnahmen:

- Familien wertschätzen, fördern und stärken
- Echte Wahlfreiheit der Eltern bei der Kinderbetreuung
- Familiengeld für Vorarlberger Familien
- Kinderbetreuungsangebot ausbauen - mehr Plätze und flexiblere Öffnungszeiten
- Familienleistungen jährlich an die Teuerung anpassen
- Auszahlung des Kinderbetreuungsgeldes für jedes Kind
- Einmalförderung bei Mehrlingsgeburten in Höhe von 500 Euro pro Kind einführen



Frauen besser unterstützen.

„Wir wollen echte Chancengleichheit für Frauen.“

Bei uns im Land gibt es immer noch Benachteiligungen der Frauen gegenüber den Männern. Die verfehlte Frauenpolitik, die sich mit Randthemen, wie der Änderung der Bundeshymne und des Binnen-I beschäftigt, hat hier keine Verbesserung gebracht.

Gleichberechtigung statt Gleichmacherei.

Wir wollen gleiche Rechte und Pflichten, vor allem aber Chancengleichheit. Die Probleme, denen Frauen begegnen, erfordern eine Politik, die sich an den realen Lebensumständen orientiert. Aufgabe der Politik muss es sein, die soziale Situation der Frauen zu verbessern,

ohne dabei die natürlichen, geschlechtsspezifischen Unterschiede verändern zu wollen.

Gleicher Lohn für gleiche Leistung.

Nach wie vor herrschen Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern. In keinem anderen Bundesland ist diese Differenz größer als in Vorarlberg. So verdienen Frauen bei uns im Land etwa die Hälfte weniger als Männer. Die Gründe für die bestehenden Gehaltsunterschiede sind vielfältig.

Junge Frauen für neue Berufsbilder begeistern.

Zum einen wählen Frauen oftmals eine Beschäftigung in sogenannten Niedriglohnberufen. Der Ausbildung

von Mädchen muss daher seitens der politischen und wirtschaftlichen Verantwortungsträger größeres Augenmerk geschenkt werden. Eine gezielte finanzielle Unterstützung für junge Frauen bei Weiterbildungsmaßnahmen ist geeignet, diese vermehrt für neue Berufsbilder zu begeistern. Es gilt, Möglichkeiten und Perspektiven bei der Berufswahl aufzuzeigen, damit nicht primär Niedriglohnberufe ergriffen werden.

Mit Familiengeld Vorarlberger Frauen stärken.

Ein großer Anteil von Müttern möchte in den ersten Jahren nach der Geburt gerne bei den Kindern zu Hause bleiben und sich um die Erziehung dieser kümmern. Dadurch müssen sie finanzielle Einbußen hinnehmen. Diese machen sich für sie ein ganzes Leben lang bemerkbar. Wir wollen diese finanziellen Nachteile mit dem Familiengeld für Vorarlberger Familien abfedern. Zudem soll Müttern die Rückkehr in das Berufsleben, beispielsweise durch spezielle Kurse, erleichtert werden.

Bessere pensionsrechtliche Anerkennung der Familienarbeit.

Gerade für viele Frauen wirkt sich die Erziehung der eigenen Kinder nachteilig auf die Altersversorgung aus. So werden derzeit maximal die ersten 48 Monate nach der Geburt eines Kindes von der Pensionsversicherung gutgeschrieben. Bei der Geburt eines weiteren Kindes innerhalb von vier Jahren verfallen die Restmonate für das erste Kind. Anspruch auf 48 Kalendermonate als anerkannte Versicherungszeiten haben Frauen also nur dann, wenn sie entweder nur ein Kind bekommen oder der Abstand zwischen den Geburten mehr als vier Jahre beträgt.

Um die Altersvorsorge für die Frauen zu verbessern, wollen wir, dass für jedes Kind volle vier Jahre Erziehungszeit für die Pension angerechnet werden.

Respekt gegenüber Frauen einfordern.

Der Status der Frau in der Gesellschaft ist heute auch bei uns im Land wieder verstärkt Gefahren aufgrund religiöser und kultureller Unterschiede unterworfen. Gerade Teile der muslimischen Migranten zeigen sich Frauen gegenüber oft aggressiv und respektlos. Wir sind aufgefordert, hier keine falsche Toleranz zu üben. Wir dürfen frauenfeindliches Verhalten nicht akzeptieren, sondern müssen den Respekt gegenüber Frauen bei uns im Land selbstbewusst einfordern.

Unsere Maßnahmen:

- Gleicher Lohn für gleiche Leistung
- Unterstützung für Berufswiedereinsteigerinnen
- Familiengeld einführen
- Bessere pensionsrechtliche Anrechnung der Kindererziehungszeiten
- Respekt gegenüber Frauen einfordern



Unsere Jugend – unsere Zukunft.

„Wenn wir Zukunft haben wollen, müssen wir in unsere Jugend investieren.“

Die Zukunft Vorarlbergs liegt in den Händen unserer Kinder und Jugendlichen. Es braucht daher Rahmenbedingungen, die unsere Jugend bestmöglich auf einen erfolgreichen und eigenständigen Lebensweg vorbereiten.

Leistungsfähiges Bildungssystem sicherstellen.

Eine erfolgreiche Bildungskarriere ist der zentrale Schlüssel, um später ein gutes, gelungenes Leben führen zu können. Wir müssen unseren Jugendlichen deshalb ein leistungsfähiges Bildungssystem bereitstellen, das sie auf ihren Ausbildungswegen bestmöglich begleitet und unterstützt. Ziel muss sein, dass kein Jugendlicher auf der Strecke bleibt.

Drogenfrei statt high.

Es ist unsere Verantwortung, Jugendliche bestmöglich vor Alkohol-, Nikotin- und Drogenmissbrauch zu schützen. Wir wollen dazu in erster Linie die Aufklärungsarbeit an unseren Schulen und in der Jugendarbeit forcieren und den Drogenhandel effizient bekämpfen.

Mobilität für junge Vorarlberger fördern.

Gerade für junge Menschen aus den ländlichen Regionen müssen wir die Mobilität bestmöglich sicherstellen. Neben der Verbesserung des Angebots an öffentlichen Verkehrsmitteln brauchen wir auch eine bessere Anbindung an diese, etwa durch flexible Zubringerdienste.

Speziell um unseren Jugendlichen einen sicheren Heimweg zu gewährleisten, wollen wir das Modell der Nachttaxi-Bons in ganz Vorarlberg umsetzen.

Um die Führerscheinausbildung für Jugendliche und deren Eltern kostengünstiger zu machen, wollen wir die Möglichkeit schaffen, die theoretische Führerscheinprüfung im Rahmen der Schul- oder Lehrausbildung als freies Wahlfach zu absolvieren.

Leistbares Wohnen für junge Vorarlberger ermöglichen.

Ein wichtiger Schritt in ein unabhängiges Leben ist für junge Menschen die erste eigene Wohnung. Aufgrund der hohen Wohnkosten können sich aber immer mehr junge Menschen keinen entsprechenden Wohnraum leisten. Wir wollen über ein spezielles Programm für Startwohnungen wieder mehr leistbaren Wohnraum für junge Menschen schaffen.

Unsere Maßnahmen:

- Förderung der Bildungskarriere
- Wirksame Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit
- Schutz vor Drogen
- Mobilität für junge Vorarlberger fördern
- Leistbares Wohnen für junge Vorarlberger ermöglichen

Altern in Würde ermöglichen.

„Wir dürfen nicht akzeptieren, dass immer mehr ältere Menschen in die Altersarmut abrutschen.“

Unsere ältere Generation hat viel geleistet. Sie hat ein Altern in Würde verdient. Um den dritten Lebensabschnitt aktiv und unabhängig gestalten zu können, brauchen sie vor allem wirtschaftliche Sicherheit, auch in Notlagen. Speziell wenn jemand pflegebedürftig wird, muss sich jeder darauf verlassen können, dass er Unterstützung und Hilfe bekommt, ohne dass er seine Existenz und die seiner Angehörigen aufs Spiel setzen muss.

Gerechte Pensionen sicherstellen.

Die ältere Generation hat unser Land aufgebaut. Ihr haben wir unseren heutigen Wohlstand zu großen Teilen zu verdanken. Unsere älteren Menschen haben oft jahrzehntelang gearbeitet und in unser Sozialsystem einbezahlt. Heute sind es aber gerade sie, die unter den steigenden Preisen oft besonders leiden.

Wir dürfen aber nicht akzeptieren, dass immer mehr ältere Menschen in die Altersarmut abrutschen, sondern wir müssen für soziale Sicherheit der älteren Generation sorgen. Entscheidend dafür ist ein gerechtes Pensionssystem.

Wer jahrzehntelang gearbeitet und vielleicht sogar noch Kinder großgezogen hat, darf am Ende nicht mit einer Minipension abgespeist werden, sondern soll im Alter eine gerechte Pension erhalten.

Pensionen in ihrem Wert sichern.

Dazu gehört auch, dass die jährlichen Anpassungen der Pensionen nicht unter der Inflation liegen, weil ansonsten unseren älteren Menschen Jahr für Jahr weniger zum Leben bleibt. Die Pensionen müssen vielmehr in ihrem Wert gesichert werden.

Luxuspensionen abschaffen.

Im Gegenzug müssen immer noch bestehende Sonderpensionsprivilegien im staatlichen und halbstaatlichen Bereich endgültig abgeschafft werden.

Pflege nachhaltig sichern.

Die erfreuliche Entwicklung der steigenden Lebenserwartung – mittlerweile liegen wir in Österreich bei durchschnittlich 84 Jahren – bringt große Herausforderungen im Pflegebereich mit sich. Immer mehr Menschen sind pflegebedürftig. Schon heute ist jede vierte Familie mit Hilfs- oder Pflegebedürftigkeit konfrontiert. Und das wird in Zukunft mehr und nicht weniger. Das erfordert große Anstrengungen der Politik, um die entsprechende Pflege unserer älteren Menschen sicherstellen zu können.

Wunsch nach Pflege zu Hause erfüllen.

Um in Zukunft eine gute Pflege und Betreuung sicherstellen zu können, müssen wir alles daransetzen, damit Pflege, wenn immer möglich, zu Hause stattfindet. Das ist auch der Wunsch sehr vieler Menschen. Sie möchten so lange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung leben. In Vorarlberg werden über 80% der pflegebedürftigen Menschen zu Hause betreut. Wir wollen die Pflege zu Hause weiter stärken. Dazu müssen wir die pflegenden Angehörigen besser unterstützen und die mobilen Hilfsdienste ausbauen.

Mehr Unterstützung für pflegende Angehörige.

Ein großer Anteil der Pflege wird heute von Angehörigen erbracht. Sie sind die wichtigste Stütze in unserem Pflegesystem. Für sie müssen wir die Rahmenbedingungen verbessern.

Wir müssen Angebote ausbauen, die unsere pflegenden Angehörigen ohne großen bürokratischen Aufwand entlasten. Vor allem brauchen wir mehr flexible Angebote, um eine bessere Vereinbarkeit von Pflege, Familie und Berufstätigkeit zu schaffen. Dazu müssen wir die Hauskrankenpflege stärken, die mobilen Hilfsdienste ausbauen, mehr Angebote für stundenweise Betreuung, Kurzzeitpflege, 24-Stunden-Betreuung und die Tagesbetreuung schaffen.

Zudem wollen wir die Pflegekarenz, die Pflegeteilzeit und das Pflegekarenzgeld weiterentwickeln.

Personalprobleme lösen – nicht schönreden.

Personalengpässe im Pflegebereich dürfen von der Landesregierung nicht permanent schöneredet werden. Wir brauchen mehr Kräfte in der Pflege, denn personelle Unterbesetzungen führen automatisch zu Überlastung und Demotivation. Das ist ein Umstand, der weder für unsere Pflegekräfte noch für die zu pflegenden Menschen tragbar ist.

Wir haben heute sogar die Situation in Vorarlberg, dass aufgrund des Personalmangels Betten in unseren Pflegeheimen leer stehen, obwohl pflegebedürftige Menschen dringend auf einen Heimplatz warten. Hier gilt es alles zu unternehmen, um diesen Missstand zu beheben und die vorhandenen Betten den pflegebedürftigen Menschen auch zur Verfügung zu stellen.

Ja zur Pflegelehre nach Schweizer Vorbild.

Aktuell kann die Ausbildung für Pflege- und Betreuungsberufe erst ab dem 17. Lebensjahr begonnen werden. Es besteht somit eine Lücke zwischen dem Ende der Pflichtschulzeit und dem möglichen Einstieg in einen Gesundheits- und Sanitätsberuf, was dazu führt, dass sie sich schulisch oder beruflich anderweitig orientieren. Dadurch gehen dem Gesundheitssystem viele am Pflegeberuf interessierte junge Menschen verloren. Damit uns niemand, der in jungen Jahren den Pflegeberuf ergreifen möchte, verloren geht, sprechen wir uns für die Einführung einer Gesundheits- und Pflegelehre nach Schweizer Vorbild aus.

Unsere Maßnahmen:

- Gerechte Pensionen sicherstellen
- Pensionen in ihrem Wert sichern
- Luxuspensionen abschaffen
- Stärkung der Pflege zu Hause
- Mehr Unterstützung pflegender Angehöriger
- Ausbau der Hauskrankenpflege, der Mobilen Hilfsdienste, der 24-Stunden-Betreuung und der Tagesbetreuung
- Weiterentwicklung der Pflegekarenz und der Pflegeteilzeit
- Flexible Angebotserweiterung in der Kurzzeitpflege
- Qualitativ hochwertige Pflege garantieren
- Mehr Pflegepersonal schaffen
- Einführung der Pflegelehre
- Erhöhung des Pflegegeldes



Gesundheitsversorgung verbessern.

„Viele Vorarlbergerinnen und Vorarlberger beklagen sich zu Recht über die langen Wartezeiten.“

Für alle Vorarlbergerinnen und Vorarlberger muss unabhängig von Alter, Einkommen und Wohnort, eine qualitätsvolle medizinische Versorgung zur Verfügung stehen.

Gerade im Gesundheitssystem haben sich in den letzten Jahren aber Probleme und Defizite bei uns im Land

entwickelt. So haben wir schon heute im gesamten Gesundheits- und Pflegebereich einen Personalmangel. Dieser wird sich in Zukunft durch die anstehende Pensionierungswelle verschärfen.

Wartezeiten verkürzen.

Viele Vorarlbergerinnen und Vorarlberger beklagen sich zu Recht über die langen Wartezeiten bei Ärzten sowie bei Operationen in unseren Spitälern. Wir sagen: Es muss für wichtige Untersuchungen und Operatio

nen genau festgelegte Obergrenzen für Wartezeiten geben. Diese müssen ständig kontrolliert und eingehalten werden.

Dem Ärztemangel entgegenwirken.

Um wieder eine Verbesserung der ärztlichen Versorgung herzustellen, brauchen wir vor allem eine Offensive zur Bekämpfung des Ärztemangels. Wir brauchen sowohl im niedergelassenen Bereich als auch in unseren Krankenhäusern mehr Ärzte.

Dazu müssen wir wegkommen vom leistungsfeindlichen Honorarsystem, hin zu einem attraktiven Arbeitsplatz für Jungärzte. Ebenso ist es notwendig, einen Facharzt für Allgemeinmedizin zu schaffen, um das Fach Allgemeinmedizin als Karrierewahl deutlich attraktiver zu gestalten.

Hausärzte aufwerten.

Vor allem um den überfüllten Spitalsambulanzen entgegenzuwirken, müssen wir im Bereich der Hausärzte Verbesserungen schaffen. Wir brauchen mehr Hausärzte und wir müssen diese vor allem auch deutlich aufwerten. Wir wollen Hausärzte mit einer zentralen Steuerungs- und Lenkungsfunktion ausstatten. Damit in Zukunft nicht der Patient von einem Arzt zum nächsten wandern muss, sondern die medizinische Leistung dort erbracht wird, wo es Sinn macht.

Vorsorgebonus einführen.

Jeder im Gesundheitswesen in die Vorsorge investierte Euro macht sich mehrfach bezahlt. Durch entsprechende Prävention kann es gelingen, die Lebensqualität der Menschen zu steigern und dem Anstieg der Kosten im Gesundheitssystem entgegenzuwirken.



Wir wollen deshalb einen Bonus für jene Versicherten einführen, die sich in regelmäßigen Abständen den empfohlenen Vorsorgeuntersuchungen unterziehen.

Freie Arztwahl ermöglichen.

Aufgrund der zu geringen Anzahl an Vertragsärzten kommt es zum Teil zu erheblichen Wartezeiten bei diesen. Viele Vorarlbergerinnen und Vorarlberger nehmen deshalb Wahlärzte in Anspruch, die sie aber privat bezahlen müssen. Wenn sie von der Gebietskrankenkasse dann einen Kostenersatz beantragen, kommt es dann oft zu großem Unmut, weil sie nur einen geringen Betrag zurückbekommen.

Es ist für uns eine Frage der Gerechtigkeit, dass endlich die volle Rückerstattung des Kassentarifes bei Inanspruchnahme eines Wahlarztes erfolgt.

Unsere Maßnahmen:

- Obergrenze für Wartezeiten einführen
- Offensive zur Bekämpfung des Ärztemangels
- Schaffung eines Facharztes für Allgemeinmedizin
- Aufwertung des Hausarztes
- Einführung Vorsorgebonus
- Volle Rückerstattung des Kassentarifes bei Wahlarztbesuch
- Ausbau der Hauskrankenpflege, der Mobilen Hilfsdienste, der 24-Stunden-Betreuung und der Tagesbetreuung
- Einführung der Pflegelehre



Regionalität fördern.

„Die Zukunft findet regional statt.“

Wir müssen alles daransetzen, Regionalität als Perspektive und Chance für unsere heimische Landwirtschaft und die positive Entwicklung des ländlichen Raumes zu begreifen.

Zukunft für unsere heimische Landwirtschaft.

Unsere Bäuerinnen und Bauern leisten jeden Tag sehr viel und ihre erzeugten Produkte sind von hoher Qualität gekennzeichnet.

Regionale Qualitäts- und Vermarktungsstrategie forcieren.

Vorarlberg wird allerdings aufgrund seiner Struktur niemals mit Großproduzenten am Markt mithalten können. Ziel muss es deshalb sein, verstärkt Produkte aus der Region nicht nur in den Regalen des Handels, sondern auch im öffentlichen Bereich und in der heimischen Gastronomie zu verankern. Besonders das Land Vorarlberg sowie die Gemeinden können durch die verstärkte Verwendung von Ländle-Produkten ihrer Vorbildfunktion gerecht werden und als wichtiger Partner fungieren.

Durch Regionalität heimische Wirtschaft stärken.

Durch den Kauf und die Verwendung regionaler Produkte wird die lokale Wirtschaft gestärkt und die regionale Wertschöpfung erhöht. Arbeitsplätze werden gesichert und mit der Produktion von Lebensmitteln vor Ort werden auch die Verkehrswege kurz gehalten. Der deutliche Mehrwert sowohl für die Konsumenten als auch für die Produzenten liegt somit klar auf der Hand.

JA zum regionalen Schlachthof.

Für uns steht außer Frage, dass im Sinne der Forcierung der Regionalität die in Vorarlberg gezüchteten Nutztiere auch im Land geschlachtet und nachhaltig verarbeitet werden müssen. Mit einem regionalen Schlacht- und Verarbeitungszentrum werden Wertschöpfung und Arbeitsplätze vor Ort gesichert. Zudem ist dies auch im Sinne des Tierschutzes, weil dadurch lange unnötige Tiertransporte verhindert werden.

Alpwirtschaft sichern.

Die naturschonende Bewirtschaftung unserer Alpen ist ein wichtiger Kernbereich der Vorarlberger Landwirtschaft und muss daher weiterhin gesichert werden.

Eine funktionierende Alpbewirtschaftung mit Weidevieh ist nicht nur der beste Schutz vor Vermurungen, sondern ist gleichzeitig aufgrund der gepflegten Kulturlandschaft für den heimischen Tourismus unverzichtbar.

Den ländlichen Raum stärken.

Vorarlberg ist abseits des urbanen Raumes im Rheintal und Walgau nach wie vor sehr stark ländlich geprägt. Diese Vielfalt zeichnet unser Land aus. Deshalb muss sich die Politik zum ländlichen Raum bekennen. Durch eine Stärkung der ländlichen Regionen wollen wir sicherstellen, dass allen Vorarlbergerinnen und Vorarlbergern die gleichen Chancen zur Verfügung stehen, unabhängig davon, in welcher Gegend des Landes sie leben.

Mobilität im ländlichen Raum verbessern.

Gute Verkehrsverbindungen leisten einen wesentlichen Beitrag zur Aufwertung der ländlichen Regionen. Da im ländlichen Raum der Großteil der Wege mit dem PKW zurückgelegt werden, müssen wir das Straßennetz, dort wo es notwendig ist, ausbauen. Gleichzeitig muss auch der öffentliche Verkehr verbessert und die Anbindung optimiert werden.

Sicherung und Ausbau von Arbeitsplätzen vor Ort.

Damit vor allem junge Menschen nicht immer stärker aus den ländlichen Regionen in die urbanen Räume abwandern, müssen in erster Linie ausreichend Arbeitsplätze vor Ort vorhanden sein. Entscheidend dafür ist eine gute und flächendeckende Infrastruktur. Ansiedlungen von Betrieben müssen unterstützt werden. Eine besondere Chance dafür, dass hochwertige Arbeitsplätze im ländlichen Raum geschaffen werden, bietet die Digitalisierung. Deswegen muss sichergestellt werden, dass der Zugang zu schnellem Internet und eine entsprechende digitale Infrastruktur überall in Vorarlberg gewährleistet ist.

Regionale Gesundheitsversorgung gewährleisten.

Großer Handlungsbedarf besteht hinsichtlich der flächendeckenden medizinischen Versorgung im ländlichen Bereich. Immer weniger junge Ärzte zieht es aufs Land. Es müssen die Rahmenbedingungen verbessert und mehr Anreize gesetzt werden. Wir wollen vor allem die Hausärzte stärken und ein Modell der Landarztstipendien einführen.

Nahversorgung in ländlichen Regionen sichern – Wirtshaussterben entgegenwirken.

Aufgrund des Personalmangels und der Abwanderung aus ländlichen Gegenden wird die Situation auch für viele Nahversorger und Gastronomiebetriebe im ländlichen Raum immer schwieriger. Wenn Geschäfte und Wirte folglich zusperren müssen, wird dadurch der ländliche Raum erneut geschwächt. Diesem Trend ist rasch und konsequent entgegenzutreten. Wir müssen alles unternehmen, um die Nahversorgung zu sichern das Wirtshaussterben zu stoppen.

Unsere Maßnahmen:

Zukunft für unsere Landwirtschaft.

- Forcierung einer regionalen Qualitäts- und Vermarktungsstrategie
- Ausbau der Vertragslandwirtschaft
- Regionales Schlacht- und Verarbeitungszentrum umsetzen
- Sicherung der Alpwirtschaft

Ländlichen Raum stärken.

- Öffentlichen Verkehr ausbauen
- Sicherung und Ausbau von Arbeitsplätzen vor Ort
- Regionale Gesundheitsversorgung gewährleisten
- Landarztstipendien einführen
- Nahversorgung sichern
- Wirtshaussterben stoppen
- Kinderbetreuung ausbauen

Einsatz für Tierschutz.

„Tiere als unsere Mitgeschöpfe sind durch respektvollen Umgang vor Qualen und Leid zu schützen.“

Wir wollen den Tierschutz bei uns im Land verbessern und eine aktive Tierschutzpolitik sicherstellen. Für uns ist klar: Tiere als unsere Mitgeschöpfe sind durch respektvollen Umgang vor Qualen und Leid zu schützen.

Vorarlberger Tierschutzstrategie entwickeln.

Um den Tierschutz bei uns im Land zu verbessern, müssen wir unter Einbeziehung aller Beteiligten eine Vorarlberger Tierschutzstrategie entwickeln. Diese soll klare und einfache Grundsätze für den Tierschutz, bessere Information und Aufklärung der Verbraucher wie auch der Personen, die Tiere halten, beinhalten, sowie die Durchsetzung der Tierschutzvorschriften fördern. Zudem sollen dort konkrete Maßnahmen zusammengefasst werden, die in den nächsten 5 Jahren ergriffen werden sollen, um den Tierschutz bei uns im Land zu verbessern.

Illegale Tiertransporte stoppen.

Vor allem die Diskussion um die Kälbertransporte haben bei uns in Vorarlberg aufgezeigt, dass im Bereich der Tiertransporte längst nicht alles in Ordnung ist. Für uns ist klar: Die Politik muss alles tun, damit es keine illegalen Tiertransporte gibt.

Unterstützung für den Tierschutz sicherstellen.

Immer wieder müssen Tierschutzinstitutionen und Tierheime bei uns im Land mit finanziellen Schwierigkeiten kämpfen und können deshalb ihre wichtige Tätigkeit für den Tierschutz nicht mehr so ausführen, wie es notwendig und wünschenswert wäre. Wir sehen es als Aufgabe der Politik, die das Ziel verfolgt, Vorarlberg als Tierschutzland Nummer 1 zu etablieren, eine ausreichende finanzielle Ausstattung in diesem Bereich zu garantieren.

Verantwortungsvoller Umgang mit Haustieren.

Fast 40 Prozent der Österreicher haben zumindest ein Haustier und für die meisten stellt ihr Haustier eine Bereicherung des Lebens dar. Leider kommt es aber auch vor, dass Haustiere gequält und nicht entsprechend versorgt und gehalten werden. Hier gilt es vor allem im Bereich der Bewusstseinsbildung noch mehr zu unternehmen. Es muss allen klar sein: Tiere sind keine Sachen, sondern Lebewesen und so sollen sie auch behandelt werden.

Kein Platz für Schächten.

Unter Schächten versteht man das rituelle Schlachten von Tieren mittels eines Kehlkopfschnittes. Dieser erfolgt ohne Betäubung, also bei vollem Bewusstsein. Die Folgen: minutenlanger Todeskampf mit großen Schmerzen, Atemnot und Todesangst, bevor das Tier verblutet. Diese barbarische Art der Tötung unter dem Deckmantel der Religionsausübung hat in unserer Gesellschaft nichts verloren.

Unsere Maßnahmen:

- Vorarlberger Tierschutzstrategie entwickeln
- Illegale Tiertransporte stoppen
- Gesicherte finanzielle Unterstützung für den Tierschutz
- Verantwortungsvoller Umgang mit Haustieren
- Kein Platz für Schächten
- Illegalen Welpenhandel stoppen
- Stärkung der Tierschutzombudsstelle
- Artenschutzstation für die Wildtierhilfe realisieren



Direkte

Demokratie ausbauen.

„Die wahren Experten sind die Vorarlbergerinnen und Vorarlberger. Auf sie gilt es verstärkt zu hören.“

Die Bürgerinnen und Bürger sind es, die im täglichen Leben mit allen möglichen Herausforderungen und Problemen bei uns im Land konfrontiert sind. Deshalb sind sie für uns die wahren Experten. Die Politik muss den Menschen zuhören, um sie zu verstehen und um entsprechend auf deren Anliegen und Bedürfnisse reagieren zu können. Bürgernähe darf daher nicht nur ein Schlagwort sein, sondern muss ein zentrales Element der Politik bei uns im Land sein.

Mehr direkte Bürgerbeteiligung fördern.

Wir stehen dafür ein, den Vorarlbergerinnen und Vorarlbergern mehr Mitsprache- und Entscheidungsmöglichkeiten am politischen Geschehen einzuräumen. Dabei müssen die Beteiligungsmodelle so ausgestaltet sein, dass die Bürgerinnen und Bürger darauf vertrauen können, dass ihre Stimme, ihre Anliegen gehört werden und sie mit ihrer Beteiligung auch wirklich etwas verändern können.

Ergebnisse von Volksabstimmungen sind umzusetzen.

Wird ein Anliegen eines Volksbegehrens in Vorarlberg von mindestens 10 Prozent der Stimmberechtigten unterstützt und kommt der Landtag anschließend der Forderung des Volksbegehrens nicht nach, ist eine Volksabstimmung abzuhalten. Der Landtag ist dann allerdings nicht verpflichtet, dem Ergebnis der Volksabstimmung Rechnung zu tragen. Das wollen wir ändern. Ergebnisse von Volksabstimmungen sind umzusetzen.

Unsere Maßnahmen:

- Bürgernahe Politik umsetzen
- Mehr direkte Beteiligung fördern
- Ergebnisse von Volksabstimmungen sind umzusetzen

Wieder mehr

Sicherheit

für Vorarlberger.

„In den letzten Jahren ist das Sicherheitsgefühl der Vorarlbergerinnen und Vorarlberger zum Teil massiv gesunken. Für uns ist klar: Wir dürfen diese Probleme nicht schönreden. Es ist Aufgabe der Politik, diesen Entwicklungen entgegenzutreten und durch konkrete Maßnahmen alles daran zu setzen, dass sich die Menschen bei uns im Land wieder sicher fühlen können.“

Sicherheit und Schutz bedeutet für uns:

- **Volle Unterstützung für Polizei und Bundesheer.**
Wir müssen sicherstellen, dass wir funktionierende Sicherheitsstrukturen im Land haben.
- **Mehr Sicherheit im öffentlichen Raum.**
Wir sehen es als Aufgabe der Politik, das Sicherheitsgefühl an öffentlichen Plätzen und in Gebäuden wieder zu erhöhen.
- **Wir entscheiden, wer zu uns kommt.**
Wir müssen die illegale Zuwanderung stoppen und wieder selbst bestimmen, wer in unser Land kommen darf.
- **Unsere Werte schützen und bewahren.**
Damit wir uns nicht bald fremd im eigenen Land fühlen.



POLIZEI

Beste Unterstützung für unsere Polizei.

„Wir dürfen unsere Polizeikräfte nicht alleine lassen.“

Wir stehen zu 100 Prozent hinter unseren Polizisten, die täglich unter immer schwierigeren Rahmenbedingungen und zunehmenden Belastungen für die Sicherheit der Vorarlbergerinnen und Vorarlberger im Einsatz sind.

Mehr Polizisten für Vorarlberg.

Um bestmögliche Voraussetzungen zu schaffen, damit die Polizei ihren gesetzlichen Auftrag im Kampf gegen die Kriminalität erfüllen kann, brauchen wir mehr Polizisten in Vorarlberg. Seit Jahren fordern wir eine echte Personaloffensive für die Polizei in Vorarlberg, weil der Personalbedarf gerade in den kommenden Jahren durch anstehende Pensionierungen weiter steigen wird. Unter freiheitlicher Ressortverantwortung wurde auf Bundesebene endlich eine Trendwende eingeläutet und eine große Rekrutierungs- und Ausbildungs-offensive gestartet. Dieser Weg muss konsequent fortgesetzt werden. Ziel muss es zum einen sein, die bereits vorhandenen Planstellen auch tatsächlich zu besetzen. Zum anderen muss die Anzahl der Planstellen ausgebaut werden.

Um die Rahmenbedingungen für die Exekutivkräfte bei uns im Land zu verbessern, müssen wir für eine gerechte Bezahlung sorgen. Zudem müssen wir unseren Polizisten moderne Ausrüstung zur Verfügung stellen.

Keine Postenschließungen zulassen.

Funktionierende Polizeistrukturen in den Tälern und Regionen unseres Landes sind für uns ein maßgeblicher Eckpfeiler einer verantwortungsvollen Sicherheitspolitik. In der Vergangenheit war Vorarlberg immer wieder von Postenschließungen betroffen. Für uns ist klar: Regionale Polizeistrukturen sind zu erhalten und dürfen nicht dem Sparstift geopfert werden.

Unsere Maßnahmen:

- Mehr Polizisten für Vorarlberg
- Beste Ausrüstung für unsere Exekutivkräfte
- Angemessene Bezahlung sicherstellen
- Keine Schließung von Polizeiposten

Klares Bekenntnis zu unserem Bundesheer.

„Unsere Soldaten sind verlässliche Partner und verdienen unsere volle Unterstützung.“

Die Bevölkerung hat mit ihrem klaren Ja zur Wehrpflicht auch ein unmissverständliches Zeichen für den Erhalt des österreichischen Bundesheeres gesetzt. Dieses Ja ist somit ein deutlicher Auftrag an die Politik, das Bundesheer als wichtige Säule unserer Sicherheitslandschaft zu stärken.

Strukturen vor Ort sichern.

Gerade in einem alpin geprägten Bundesland wie Vorarlberg ist das Bundesheer ein verlässlicher Partner, wenn es darum geht, bei außergewöhnlichen Naturereignissen rasch Hilfe zu leisten. Dazu müssen allerdings die Strukturen im Land langfristig gesichert sein.

Moderne Ausrüstung bereitstellen.

Mit dem Jägerbataillon 23 in der Walgaukaserne und den Pionieren im Militärkommando verfügt Vorarlberg über eine zufriedenstellende Truppenstärke. Es gilt allerdings die in die Jahre gekommene Ausrüstung kontinuierlich zu modernisieren und die Infrastruktur zu sanieren.

Präsenzdienst im Land ermöglichen.

Mit einer entsprechenden Bundesheer-Struktur in Vorarlberg kann auch sichergestellt werden, dass ein Großteil der Rekruten ihren Grundwehrdienst wohnortnah im Land ableisten können. Das sichert nicht nur im Einsatzfall eine entsprechende Mannstärke vor Ort, sondern gewährleistet unter anderem auch, dass diese Rekruten weiterhin im Heimatort als ehrenamtliche Helfer zur Verfügung stehen.

Mehr Finanzmittel für unser Heer.

Der jahrelange Sparkurs und die damit einhergehende Demontage des Bundesheeres haben ihre Spuren hinterlassen. Um hier die unter freiheitlicher Regierungsbeteiligung eingeleitete Wende auch effektiv fortsetzen zu können, braucht es eine nachhaltige Budgetausstattung für das Bundesheer. Nur so kann die notwendige Infrastruktur sowie eine moderne Gerätschaft auch sichergestellt werden.

Unsere Maßnahmen:

- Bundesheer-Strukturen sichern
- Ausrüstung modernisieren
- Grundwehrdiener im Land ausbilden
- Nachhaltige Budgetausstattung gewährleisten



Mehr Sicherheit im öffentlichen Raum.

„Wir müssen alles tun, damit sich die Vorarlberger wieder sicherer fühlen.“

Schutz in öffentlichen Gebäuden ausbauen.

Wir sehen es als Aufgabe der Politik, vor allem in öffentlichen Gebäuden bestmöglich für die Sicherheit der Vorarlbergerinnen und Vorarlberger zu sorgen. Aber gerade in Amtsgebäuden und auch in den Spitälern in Vorarlberg müssen wir einen deutlichen Anstieg an

gewalttätigen Übergriffen feststellen. Und obwohl wir hier schon seit Langem Verbesserungen einfordern, werden die Probleme von der Landesregierung nur schöneredet. Reagiert wird oft erst, wenn es schon zu spät ist.

So gibt es in unseren Landeskrankenhäusern bis heute keine durchgängigen Sicherheitsstrukturen. Wir sagen: Wir müssen die Patienten und die Mitarbeiterinnen und

Mitarbeiter in unseren Spitälern endlich entsprechend schützen. Übergriffe, aber auch die zunehmende Nichteinhaltung der Hausordnung durch manche Krankenhausbesucher haben in unseren Spitälern nichts zu suchen. Dafür braucht es mehr Sicherheitspersonal an den Vorarlberger Spitälern.

Brennpunkte besser kontrollieren.

Besonders auf stark frequentierten Plätzen, Bahnhöfen, aber bereits auch in öffentlichen Verkehrsmitteln häufen sich Konfliktsituationen und Gewalttätigkeiten. Speziell Frauen haben mittlerweile oft Angst und fühlen sich unsicher an diesen Orten. Wir sagen: Wir wollen in einem Land leben, in dem sich Frauen nicht fürchten müssen, wenn sie am Abend alleine unterwegs sind.

Es muss daher das Ziel sein, an Brennpunkten für mehr Schutz zu sorgen und die Anwesenheit von Polizei und Sicherheitspersonal zu erhöhen. Zudem wollen wir die Videoüberwachung an diesen kritischen Orten ausbauen.

Volle Härte gegen Drogendealer.

An solchen „Hotspots“ kommt es auch immer wieder zu Delikten, die sich im Suchtmittelbereich abspielen. Drogen, ob legal oder illegal, stellen eine große Gefahr für unsere Gesellschaft und speziell für unsere Jugendlichen dar.

Es braucht daher eine konsequente Bekämpfung des Drogenhandels. Für uns bedeutet eine verantwortungsvolle Drogenpolitik: Volle Härte bei der Bestrafung von Drogendealern, kontinuierliche Präventionsarbeit in den Schulen und Hilfe für Drogenkranke.

Ausländischen Bettlerbanden das Handwerk legen.

In den letzten Jahren prägen Bettler mehr und mehr das Straßenbild in den größeren Gemeinden und den Städten des Landes. Der Unmut darüber ist innerhalb der Bevölkerung, der Gäste und auch der Wirtschaftstreibenden völlig zu Recht sehr groß.



Für uns ist klar, dass in Vorarlberg kein Platz für arbeitsunwillige und organisierte Bettlerbanden ist. Es braucht Maßnahmen, die einer Verfestigung der aktuell herrschenden Situation entgegenwirken und keine Maßnahmen, die Vorarlberg attraktiv für Bettler machen.

Unsere Maßnahmen:

- Mehr Schutz in öffentlichen Gebäuden
- Mehr Sicherheitskräfte an kritischen Orten
- Ausbau der Videoüberwachung an Brennpunkten
- Konsequente Bekämpfung des organisierten Bettelns
- Volle Härte gegen Drogenhändler



Einsatz für den Selbstschutz.

„Die Vorarlbergerinnen und Vorarlberger sollen sich zu Hause wieder sicher fühlen können.“

Wir wollen nicht nur mehr Sicherheit im öffentlichen Raum schaffen, sondern wir sehen auch im Einsatz für den Selbstschutz im privaten Bereich Möglichkeiten, um die Sicherheit zu erhöhen.

Besonders im Bereich der Haus- und Wohnungseinbrüche ist es in den letzten Jahren zu einem dramatischen Anstieg der Fälle gekommen. So hat sich die Anzahl der Einbruchsdiebstähle in Wohnräume von 180 im Jahr 2016 auf 315 im Jahr 2018 erhöht. Das ergibt eine dramatische Steigerung von über 60 Prozent.

Ein Einbruch in die eigenen vier Wände ist für die Betroffenen ein großer Schock. Die Verletzung der Privatsphäre sorgt für den Verlust des häuslichen Sicherheitsgefühls und kann auch Auslöser für schwerwiegende psychische Folgen sein.

Förderung von Alarmanlagen.

Neben der verstärkten Präsenz der Polizei und der Sensibilisierung der Bevölkerung im Bereich der Einbruchsprävention spielen auch Alarmanlagen eine wichtige Rolle beim Schutz vor Einbrüchen. Alarmanlagen haben ein hohes Abschreckungspotenzial und tragen ganz maßgeblich zur Steigerung eines sicheren Zuhauses bei.

Leider sind Alarmanlagen aber nicht für jedermann leistbar. Deshalb gibt es in einzelnen Bundesländern bereits Förderinstrumente, die den Einbau von Alarmanlagen finanziell unterstützen. Wir wollen den fachgerechten Einbau einer Alarmanlage in ein Eigenheim, in eine Eigentums- oder eine Mietwohnung durch einen Direktzuschuss nach Vorbild des Landes Oberösterreich auch in Vorarlberg fördern.

Selbstverteidigungskurse an Schulen.

Vor allem Mädchen und Frauen sind immer öfter mit Belästigungen und gewalttätigen Angriffen konfrontiert. Fähigkeiten in der Selbstverteidigung sind hier in vielen Fällen gefragt, werden aber nur von wenigen beherrscht.

Deshalb wollen wir bereits in der Schule ein Angebot für Selbstverteidigungskurse sicherstellen. Für uns bietet sich die Schule als Ort der Bildung und des Erwachsenwerdens idealerweise an, um über den Weg von Selbstverteidigungskursen erste Maßnahmen und Grundlagen für die Selbstverteidigung junger Frauen zu setzen.

Unsere Maßnahmen:

- Einbau von Alarmanlagen fördern
- Selbstverteidigungskurse an Schulen

Ehrenamt und Freiwilligenarbeit stärken.

„Die vielen ehrenamtlichen Helfer leisten für unsere Sicherheit einen ganz wesentlichen Beitrag.“

Wir leben in einem Land, das sehr stark von Ehrenamt und Freiwilligenarbeit geprägt ist. In Vorarlberg sind über 50 Prozent der Menschen ehrenamtlich tätig. Diese freiwilligen Helfer leisten einen unverzichtbaren und unbezahlbaren Beitrag für unsere Gesellschaft. Dieses Sozialkapital ist ein „Schatz“, den wir pflegen und fördern müssen.

Unsere Helfer bestmöglich unterstützen.

Für unsere Sicherheit sind vor allem unsere Hilfs- und Rettungsorganisationen wie Feuerwehr, Berg- und Wasserrettung oder Rotes Kreuz im Einsatz. Bei Bränden, Unfällen und Katastrophen kommen sie in unserem Land schnell zur Hilfe.

Neben der notwendigen Wertschätzung gegenüber der Freiwilligenarbeit und dem Ehrenamt braucht es auch das klare Bekenntnis zur bestmöglichen Unterstützung dieser wichtigen Hilfsorganisationen. Notwendige Infrastrukturprojekte stellen die Basis für eine erfolgreiche Arbeit unserer Helfer dar und müssen daher entsprechend unterstützt werden.

Aufnahme in den Landes- und Gemeindedienst fördern.

Die freiwilligen Helfer in Hilfs- und Rettungsorganisationen unterstützen mit ihrer Tätigkeit Aufgaben der öffentlichen Hand, die diese in diesem Umfang nicht erbringen könnte. Deshalb ist es Aufgabe der Politik, diese wertvolle Tätigkeit für unser Land auch entsprechend zu fördern. Wir bekennen uns zur Förderung der Aufnahme von Ehrenamtlichen in den Landes- und Gemeindedienst.

Ehrenamtsbonus für Betriebe, die freiwillige Helfer beschäftigen.

Wichtige Partner bei der Sicherung ehrenamtlicher Tätigkeiten im Dienste der Allgemeinheit sind unsere Betriebe, die hinter den Einsätzen ihrer Mitarbeiter stehen. Wir wollen daher, dass Betrieben, die freiwillige Helfer beschäftigen, eine spezielle Förderung gewährt wird.



Unsere Maßnahmen:

- Beste Infrastruktur für unsere Helfer sicherstellen
- Aufnahme in den Landes- und Gemeindedienst fördern
- Förderungen für Betriebe, die freiwillige Helfer beschäftigen

Unkontrollierte Zuwanderung stoppen.

„Wir müssen selbst entscheiden, wer zu uns kommen darf.“

Das Gefühl echter Sicherheit der Vorarlbergerinnen und Vorarlberger hat sich seit dem Flüchtlingsansturm des Jahres 2015 ganz wesentlich verschlechtert, als aufgrund des Versagens des politischen Systems unkontrolliert Menschen zu uns ins Land gekommen sind. Sie sind dabei oft unter dem Deckmantel des Asyls zu uns gekommen, obwohl sie in Wahrheit nicht auf der Suche nach Schutz, sondern nach einem besseren Leben waren.

Das ist zwar menschlich nachvollziehbar. Tatsache ist aber, dass diese Situation nicht nur zu einer Überforderung unserer Sozialsysteme, sondern auch zur Verschlechterung der Sicherheit in vielen Bereichen geführt hat. So sind bei uns in Vorarlberg etwa strafbare Handlungen gegen die sexuelle Integrität und Selbstbestimmung seit dem Jahr 2015 um über 60 Prozent angestiegen. Im Jahr 2018 hat der Anteil ausländischer



Tatverdächtiger mit 6.158 Personen einen noch nie dagewesenen Höchststand erreicht. Bereits über 40 Prozent aller Tatverdächtigen sind Nicht-Österreicher.

Um die Sicherheit wieder zu verbessern, ist es deshalb notwendig, die unkontrollierte Zuwanderung in unser Land zu stoppen. Wir müssen ganz klar zwischen Zuwanderung und Asyl trennen und es muss klar sein, dass wir selbst entscheiden, wer zu uns kommen darf. Dabei sagt man: Zuwanderung kann nur erfolgen, wenn es im Interesse des Landes und der Bürger ist. Zudem kann es nicht sein, dass Personen zu uns kommen, die unseren Schutz wollen und wir uns dann schlussendlich vor diesen schützen müssen.

Kriminelle rasch außer Landes bringen.

Wer unser Gast- und Asylrecht missbraucht und kriminelle Handlungen setzt, der hat in unserem Land nichts zu suchen. Für uns ist klar: Wir müssen unsere Bevölkerung schützen und die Kriminellen rasch außer Landes bringen.

Unsere Maßnahmen:

- Illegale Zuwanderung stoppen
- Klare Trennung zwischen Asyl und Zuwanderung
- Kriminelle Asylwerber rasch außer Landes bringen



Unsere Werte schützen und bewahren.

*„Wer bei uns leben will, hat sich nach uns zu richten.
Nicht umgekehrt.“*

Wir sind stolz auf Vorarlberg. Und das soll auch in Zukunft so bleiben. Für uns ist klar: Wir müssen unsere Werte und Traditionen schützen und bewahren. Wir dürfen als Vorarlbergerinnen und Vorarlberger vorgeben, was Platz in unserer Gesellschaft hat und was nicht. Und das müssen wir auch selbstbewusst leben. Damit Vorarlberg unser Vorarlberg bleibt und wir uns nicht bald fremd im eigenen Land fühlen.

Mit der falschen Toleranz in der Integrationspolitik muss endlich Schluss gemacht werden bei uns im Land. Jenen, die zu uns zuwandern wollen, muss von Anfang an klargemacht werden: Wer bei uns leben will, hat sich nach uns zu richten und nicht umgekehrt. Wir treffen uns nicht in einer neutralen Mitte und unsere Werte und Regeln sind nicht verhandelbar. Integration hat in unsere Werteordnung zu erfolgen.

Damit Menschen eine Bleibeperspektive in unserem Land haben, müssen sie

- die deutsche Sprache lernen,
- sich an unsere Gesetze halten,
- sich in den Arbeitsmarkt eingliedern,
- mit uns leben wollen statt gegen uns.

Null Toleranz gegenüber dem politischen Islam.

Der politische Islam ist eine Kombination aus religiösem Fundamentalismus und politischem Extremismus und als solcher Nährboden für Gewalt und Terrorismus. Er hat das Ziel, unsere Werte und Lebensweisen zu untergraben und Parallelgesellschaften aufzubauen. Die Aufgabe der Politik ist es, diese radikalen Entwicklungen bei uns im Land mit allen Mitteln zu bekämpfen.

Wir wollen, dass Predigten in Moscheen in deutscher Sprache abgehalten werden müssen. Zudem darf es keine Förderungen aus Steuergeld an radikal-islamistische Vereine geben.

Wir wollen auch das Kopftuchverbot an unseren Schulen ausweiten. Ein Kopftuchverbot soll künftig für alle Lehrerinnen und für Mädchen in der Unterstufe gelten.



Staatsbürgerschaft als Schlusspunkt gelungener Integration.

Die Staatsbürgerschaft ist das höchste Gut, welches ein Staat einer Person verleihen kann. Erst am Ende einer gelungenen Integration soll die Einbürgerung stehen. Die Verleihung soll ein verbindliches Bekenntnis zu den

Gesetzen und Werten unseres Rechtsstaates voraussetzen. Eine straffreie Vergangenheit und ausreichende Deutschkenntnisse sind Voraussetzungen für den Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft.

Kürzung von Sozialleistungen für Integrationsverweigerer.

Für uns ist klar: Solche, die sich der Integration verweigern, dürfen dafür nicht noch belohnt werden. Wir wollen deshalb, dass jenen, die schon länger bei uns im Land sind, sich aber der Integration verweigern, die Sozialleistungen gekürzt werden.

Für jene, die neu zu uns kommen wollen, soll der Zugang zu Sozialleistungen an die Integrationsleistung geknüpft werden. Zuerst muss ein Beitrag bei uns im Land geleistet werden, bevor man volle Sozialleistungen bekommt.

Kein Ausländerwahlrecht einführen.

Die Staatsbürgerschaft muss auch die Grundvoraussetzung dafür bleiben, um im demokratischen System mitbestimmen zu können. Wir sprechen uns ganz klar gegen jede Form des Ausländerwahlrechts aus.

Unsere Maßnahmen:

- Kriminelle Asylwerber rasch außer Landes bringen
- Predigten in Moscheen in deutscher Sprache
- Rigorose Kontrollen islamistischer Moscheen
- Kopftuchverbot an unseren Schulen ausweiten
- Kürzung von Sozialleistungen für Integrationsverweigerer
- Kein Ausländerwahlrecht einführen

Vorarlberg

wieder

voranbringen.

Vorarlberg voranbringen bedeutet für uns:

- **Standort stärken – Wohlstand schaffen.**
Wir müssen alles tun, damit Vorarlberg ein attraktiver Standort bleibt.
- **Zukunftsfähige Verkehrsinfrastruktur sicherstellen.**
Wir sehen es als unsere Aufgabe, Entlastungsprojekte umzusetzen und Belastungsmodelle und Verbote zu verhindern.
- **Bildungsland Vorarlberg weiterentwickeln.**
Wir müssen sicherstellen, dass unsere Kinder wieder mehr Bildungschancen bekommen.
- **Umwelt- und Klimaschutz mit Hausverstand.**
Wir müssen aktiven Klimaschutz nicht durch Verbote oder höhere Steuern aufzwingen, sondern durch Anreize und Innovationen sicherstellen.



Standort stärken – Wohlstand schaffen.

„Wir müssen alles tun, damit Vorarlberg ein starker Standort ist.“

Ein starker Standort ist die Grundlage dafür, dass es ausreichend Arbeitsplätze und Steuereinnahmen gibt, um unsere sozialen Netze langfristig finanzieren zu können und die Lebensqualität, die wir in Vorarlberg kennen und schätzen, abzusichern.

Wenn wir unseren Wohlstand also auch in Zukunft sichern wollen, dann müssen wir alles tun, damit Vorarlberg ein attraktiver Standort ist. Denn nur dann werden Unternehmer bei uns investieren und Arbeitsplätze schaffen. Vorarlberg hat in den letzten Jahren einiges verschlafen. Unser Ziel muss sein, es wieder zurück an die Spitze zu schaffen. Dabei muss uns allen klar sein: Eine Politik des Zögerns, Bremsens und Verhinderns können wir uns im Wettbewerb der Regionen nicht mehr länger leisten. Damit wir nicht immer weiter ins Hintertreffen geraten, dürfen wir uns nicht entspannt zurücklehnen, sondern müssen die Herausforderungen in den wichtigen Zukunftsfragen mutig anpacken. Es

braucht ein klares Bekenntnis zur Weiterentwicklung des Standorts Vorarlberg und mehr Gestaltungs- und Entscheidungskraft.

Für uns ist klar: Es ist nicht die Politik, die Jobs schafft. Arbeitsplätze schaffen und sichern die mutigen Unternehmer, die investieren und die fleißigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die tagtäglich diese Unternehmen voranbringen.

Neben den Leitbetrieben sind es vor allem unsere vielen Klein-, Mittel- und Familienbetriebe, die das Rückgrat unserer Wirtschaft bilden. Sie sind ganz wesentlich an unserem Wohlstand und Erfolg beteiligt. Die Aufgabe der Politik ist es, ordentliche Rahmenbedingungen für diese Unternehmen zu schaffen.

Vorarlberg als Wachstumsregion positionieren.

Um Vorarlberg als Wachstumsregion weiterzuentwickeln müssen wir Rahmenbedingungen für eine verstärkte Ansiedlung von Unternehmen schaffen und

gleichzeitig den Vorarlberger Betrieben attraktive Anreize zur Expansion bieten. Gerade die Bereitstellung von ausreichend geeigneten Betriebsflächen ist für die positive Entwicklung unseres Standortes entscheidend. Wir müssen unseren Betrieben Perspektiven und Möglichkeiten bieten, sich entfalten zu können.

Für uns ist klar: Es sollte uns nicht stören, wenn Betriebe bei uns investieren wollen und Arbeitsplätze schaffen, sondern das sollte uns freuen und das sollten wir unterstützen. Weil das die beste Antwort gegen Arbeitslosigkeit und für Wohlstand ist in unserem Land.

Mehr Freiheit – weniger Bürokratie.

Die überbordende Bürokratie ist gerade für unsere vielen Klein- und Mittelbetriebe ein massives Problem bei uns im Land. Wir wollen wieder mehr Freiheit und mehr Freiräume schaffen.

Ziel muss es sein, für unsere Unternehmer Erleichterungen zu schaffen und den Service zu verbessern. Wir müssen unnötige Vorschriften streichen und Berichts- und Meldepflichten reduzieren – vor allem für Klein- und Mittelbetriebe. Unsere Unternehmen müssen sich voll und ganz auf die Bedürfnisse ihrer Kundinnen und Kunden konzentrieren können und sollten sich weniger um die Bedürfnisse der Behörden kümmern müssen. Die Wirtschaft muss wachsen und nicht der Amtsschimmel!

Fachkräfteoffensive für Vorarlberg.

Die Verfügbarkeit von Fachkräften ist für den Vorarlberger Wirtschaftsstandort von zentraler Bedeutung. Gerade für heimische Klein- und Mittelbetriebe wird es aber immer schwieriger, ausreichend Fachkräfte zu finden. So geben bei einer Studie zum Fachkräftemangel 2019 insgesamt 92 Prozent der befragten mittelständischen Unternehmen in Vorarlberg an, Probleme bei der Suche nach qualifiziertem Personal zu haben. In Vorarlberg ist damit der Anteil an Unternehmen, die unter dem Fachkräftemangel leiden, österreichweit am größten.

Wir müssen deshalb alles tun, damit wir in Zukunft genügend Fachkräfte in den gefragten Bereichen haben. Wir brauchen eine echte Fachkräfteoffensive für Vorarlberg. Wir müssen die Durchlässigkeit im Bildungssystem erhöhen, die Lehre im Land stärken, mehr Absolventinnen und Absolventen im Fachbereiche Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) und mehr Digitalkompetenzen in allen Schul- und Bildungsbereichen erreichen.



Lehre im Land stärken.

Die Duale Berufsausbildung bildet einen wesentlichen Beitrag, um den Fachkräftebedarf für unsere Betriebe im Land zu sichern und so den Standort Vorarlberg zu stärken. Ziel muss es deshalb sein, die Rahmenbedingungen für die Lehrausbildung weiter zu attraktivieren.

Lehrlingsbeihilfe einführen.

Wir wollen Lehrlinge aus einkommensschwächeren Familien mit einer Lehrlingsbeihilfe unterstützen. Ziel ist es, durch die Vergabe der Lehrlingsbeihilfe als Zuschuss zu den Lebenshaltungskosten einen Anreiz zur Lehr- und damit Fachkräfteausbildung zu setzen. In anderen Bundesländern gibt es eine solche Förderung bereits. Vom Land Tirol etwa werden Lehrlinge mit 100,- Euro monatlich gefördert. Dieses Lehrlingsförderungsmodell wollen wir auch in Vorarlberg einführen.

Lehre nach Matura forcieren.

Wer eine Matura oder eine abgeschlossene Berufsausbildung hat, kann schneller einen Lehrberuf erlernen. Die Lehrzeit verkürzt sich um ein Jahr. Dieses Modell gilt es in Vorarlberg noch attraktiver zu gestalten und auch offensiver zu bewerben. Wir sind überzeugt: Hier liegt ein großes Potenzial. Mit diesem Modell können viele dringend benötigte Fachkräfte in Vorarlberg ausgebildet werden.

Modell der Dualen Akademie in Vorarlberg vorantreiben.

Das Modell der Dualen Akademie ist eine Bildungsinnovation. Sie ebnet speziell für AHS-Maturanten, die nicht sofort ein Studium anstreben, aber auch für Studierende ohne Studienabschluss oder Berufsumsteiger neue Wege in eine erfolgreiche berufliche Zukunft. Wir wollen dieses Modell auch rasch in Vorarlberg vorantreiben.

Finanzielle Unterstützung für Lehrbetriebe.

Wir wollen aber nicht nur die Lehrlinge besser unterstützen, sondern auch die klein- und mittelständischen Unternehmen, die Lehrlinge ausbilden, besser fördern.

Wir müssen heute feststellen, dass sich in den letzten Jahren immer mehr Betriebe, vor allem viele Klein- und Mittelbetriebe, von der Lehrlingsausbildung zurückziehen. Das zeigen die Zahlen ganz deutlich. Engagierten sich im Jahr 2011 noch 2.335 Betriebe in der Lehrlingsausbildung, waren es im Jahr 2017 nur mehr 1.874. Die Politik muss daher bestrebt sein, diesem Negativtrend entgegenzuwirken und durch die Schaffung eines zusätzlichen Fördermodells Anreize für Betriebe zu schaffen, damit diese wieder verstärkt bereit sind, die Ausbildung von Lehrlingen durchzuführen.

Wir wollen die Unternehmen in Vorarlberg, die in ihren Betrieben Lehrstellen schaffen, wirksam unterstützen. Konzepte dafür, wie etwa eine Neufassung des bewährten „Blum-Bonus“, liegen fertig auf dem Tisch und können rasch umgesetzt werden.

„Meisterscheck“ schaffen.

Wir wissen, dass die fachliche Weiterentwicklung nach der Lehre in Richtung einer Meisterprüfung eine gute und wichtige Qualifikation ist, die Kosten dafür aber oft mehrere tausend Euro betragen. Diese Hürde zur Höherqualifizierung hin zum Meister oder Unternehmer wollen wir senken. Unsere tüchtigen jungen Fachkräfte sind eines der größten Assets unseres Landes. Wenn wir hier besser fördern, unterstützen wir das Können der Menschen und damit direkt die Qualität des Standortes.

Deshalb wollen wir einen „Meisterscheck“ schaffen. Konkret sollen die Kosten der Prüfungsgebühr für positiv absolvierte Meister- und Befähigungsprüfungen zu 100 Prozent übernommen werden. Die Förderung der teuren Vorbereitungskurse für Meister-, und Befähigungsprüfungen von derzeit bis zu einem Drittel der Kosten soll auf zwei Drittel erhöht werden.

Unsere Maßnahmen:

- Bessere Rahmenbedingungen für Betriebsweiterungen schaffen
- Mehr Rechtssicherheit für Unternehmen schaffen
- Unternehmensgründungen vereinfachen
- Finanzierung für Klein- und Mittelbetriebe erleichtern
- Bürokratieabbau endlich umsetzen
- Lehre im Land stärken
- Modell einer Lehrlingsbeihilfe umsetzen
- Finanzielle Unterstützung für Lehrbetriebe
- Meisterscheck einführen
- Lehre nach Matura forcieren
- Duale Akademie in Vorarlberg vorantreiben

Zukunftsfähige Verkehrsinfrastruktur sicherstellen.

„Wir brauchen ein vernünftiges Zusammenspiel aller Verkehrsträger.“

Es gibt in Vorarlberg kaum noch ein größeres Projekt – ob im Tourismusbereich, im Bereich von Betriebserweiterungen oder -ansiedlungen, aber vor allem, wenn es um die großen Infrastrukturprojekte geht - gegen das nicht mobilgemacht wird. Überall, wo es nur möglich ist, wird gebremst, verzögert und verhindert.

Dabei ist gerade eine zukunftsfähige Infrastruktur entscheidend dafür, ob wir als Standort wettbewerbsfähig sind oder nicht. Die umliegenden Regionen schlafen nicht. Und deshalb können wir uns eine Verhinderungspolitik nicht mehr länger leisten.

Wir brauchen in Vorarlberg ein funktionierendes Zusammenspiel aller Verkehrsträger. Straße und Schiene müssen sich vernünftig ergänzen ebenso wie Individualverkehr und öffentlicher Verkehr.

Vorarlberg braucht Entlastungsmodelle und keine Belastungen.

Vorarlberg braucht keine Belastungsmodelle, wie die höhere Besteuerung des Individualverkehrs oder Fahrverbote. Vorarlberg braucht Entlastungsmodelle, wie sie die S18-Nachfolgetrasse im Unteren Rheintal oder der Stadttunnel Feldkirch darstellen.

Entlastungsprojekt S18 vorantreiben.

Seit Jahrzehnten wartet die betroffene Bevölkerung im Unteren Rheintal auf die notwendige Entlastungsstraße. Wir wollen eine rasche Trassenentscheidung für die Z-Variante. Wir brauchen diese nachhaltige und langfristige Lösung. Das ist es auch, was sich die betroffenen Menschen von der Politik erwarten.

Stadttunnel Feldkirch rasch realisieren.

Eine nachhaltige Entlastung der Verkehrssituation in Feldkirch ist nur durch den Bau des Stadttunnels möglich. Wir sprechen uns für den schnellstmöglichen Bau start aus, damit die verkehrsgeplagte Bevölkerung endlich entlastet wird.

Öffentlichen Verkehr ausbauen.

Um in Zukunft mehr Menschen zur Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel zu bewegen, wollen wir nicht den Individualverkehr durch neue Steuern, Belastungen und Verbote einschränken, sondern den öffentlichen Verkehr ausbauen und attraktiver machen. Speziell im ländlichen Raum müssen wir das Angebot erweitern und die Verkehrsanbindung verbessern.

Unsere Maßnahmen:

- Entlastungsprojekt S18 vorantreiben
- Stadttunnel Feldkirch rasch realisieren
- S16 ausbauen
- Abfahrt Bludenz/Montafon optimieren
- Umfahrung Lorüns realisieren
- Kreisverkehr Dornbirn Nord entlasten
- Öffentlichen Verkehr ausbauen
- Keine Einschränkung des Individualverkehrs durch Belastungen und Verbote

Vorarlberg zur führenden Digitalregion machen.

„Wir müssen die Voraussetzungen für den digitalen Fortschritt schaffen.“

Es muss uns allen klar sein, dass morgen nur erfolgreich sein kann, wer heute in die Digitalisierung investiert. Wir müssen die Digitalisierung als Chance sehen und die Rahmenbedingungen so gestalten, dass wir in Vorarlberg die Potenziale zum Vorteil für die Menschen bestmöglich nutzen können. Gerade für den ländlichen Raum bietet die Digitalisierung neue Möglichkeiten, die wir nutzen müssen.

Die Landesregierung hat auch diese Entwicklung verschlafen und ist dafür verantwortlich, dass wir nicht nur im internationalen, sondern auch im Vergleich mit den anderen Bundesländern im Bereich der Digitalisierung hinterherhinken.

Wir wollen das ändern und Vorarlberg zur führenden Digitalregion machen.

Digitale Infrastruktur als Grundvoraussetzung.

Wir wollen sicherstellen, dass die Menschen in Vorarlberg die Chancen des digitalen Fortschritts ergreifen können. Grundvoraussetzung für Innovation und Teilhabe an der Digitalisierung ist ein ambitionierterer Ausbau der digitalen Infrastruktur.

Breitbandausbau rasch vorantreiben.

Ultraschnelles Internet entscheidet über die künftige Attraktivität des Standorts Vorarlberg. Wir können es uns nicht leisten, auch auf der Datenautobahn im Stau zu stehen, sondern brauchen hochleistungsfähiges Internet für den Down- und Upload. Deshalb müssen wir den Breitbandausbau rasch vorantreiben.

Flächendeckende Versorgung mit Glasfasernetzwerken schaffen.

Wir brauchen eine flächendeckende Versorgung mit gigabitfähigen Glasfasernetzwerken. Während im Rheintal und Walgau die Versorgung durch private Netzbetreiber gut funktioniert, sind die ländlichen Regionen aber oft nur unzureichend an ultraschnelles Internet

angebunden. Hier brauchen wir dringend eine strategische Planung für notwendige Lückenschlüsse und die rechtzeitige Umrüstung auf Glasfasernetze.

Schneller Ausbau von 5G.

Auch der neue Mobilfunkstandard 5G braucht ein umfassendes Glasfasernetz. Hier muss es endlich eine vorausschauende, gesamthafte Planung geben. Wir haben jetzt die Chance Synergien zu nutzen und Vorarlberg sowohl im Breitbandfestnetz, als auch beim mobilen Breitband um- und auszurüsten.

Koordinierungsstelle für Ausbau der Infrastruktur schaffen.

Das Land hat zwar eine Koordinierungsstelle für Digitalisierung eingerichtet, diese spart aber den entscheidenden Bereich der Infrastruktur aus. Durch die Schaffung einer bereichsübergreifenden Koordinierungsstelle wollen wir den Ausbau endlich gut geplant, koordiniert und dadurch auch sparsamer organisieren.

Eigene Zuständigkeit für Digitalisierung in der Landesregierung schaffen.

Die Digitalisierung ist eine der zentralen Herausforderungen der Gegenwart. Das macht sie zu einer komplexen Querschnittsaufgabe. Wir wollen, dass die Fäden in Zukunft in einer Hand zusammenlaufen und wollen eine eigene Zuständigkeit für Digitalisierung in der Landesregierung schaffen. Das führt zu Synergieeffekten und zu einer schlankeren Verwaltung.

Ausbau der digitalen Behördenwege.

Auch was die Nutzung der Digitalisierung für Behördenwege betrifft, haben wir in Vorarlberg großen Aufholbedarf. Es ist unser Ziel, das Angebot in diesem Bereich massiv auszubauen und die Verwaltung bürgernäher und serviceorientierter zu gestalten. Es ist an der Zeit, dass die Verwaltung zu den Bürgern kommt und nicht umgekehrt.

Unsere Maßnahmen:

- Vorarlberg zur führenden Digitalregion machen
- Breitband-Ausbau rasch vorantreiben
- Flächendeckende Versorgung mit Glasfasernetzwerken schaffen
- Schneller Ausbau von 5G
- Koordinierungsstelle für Ausbau der Infrastruktur schaffen
- Eigene Zuständigkeit für Digitalisierung in der Landesregierung schaffen
- Ausbau digitaler Behördenwege



Tourismusstandort wettbewerbsfähig halten.

„Die Politik hat unsere Tourismusentwicklung zu stärken und nicht zu blockieren.“

Der Tourismus ist einer der bedeutendsten und chancenreichsten Wirtschaftszweige Vorarlbergs. Er sichert Arbeitsplätze, schafft Wirtschaftswachstum und ist zudem die „Visitenkarte Vorarlbergs“ in der ganzen Welt.

Der Tourismus ist standortbezogen. Verlagerungen von Arbeitsplätzen sind - im Gegensatz zu anderen Wirtschaftszweigen - nicht möglich. Die Wertschöpfung aus dem Fremdenverkehr verbleibt in der jeweiligen Region. Es werden neue Arbeitsplätze geschaffen und bestehende gesichert. Aufgrund dieser herausragenden Bedeutung für unser Land müssen wir den Tourismus dabei unterstützen, wettbewerbsfähig zu bleiben.

Zukunftsfähige Infrastruktur statt Verhinderungspolitik.

Heute müssen wir erleben, dass bei uns in Vorarlberg mittlerweile fast bei jedem größeren Infrastrukturprojekt – auch im Tourismusbereich – alles Mögliche unternommen wird, um das Projekt zu verhindern. Mit dieser

Verhinderungs- und Blockadepolitik muss Schluss sein. Aufgabe der Politik ist es, unseren Tourismus und unsere Tourismusbetriebe zu stärken und sie in ihren Bemühungen, unseren Tourismusstandort wettbewerbsfähig zu halten, bestmöglich zu unterstützen.

Realistische Abschreibungsregelungen schaffen.

Die derzeitigen Abschreibungsregelungen hemmen die Investitionsfreude bei unseren Tourismusbetrieben. Hier müssen wir wirtschaftlich realistische Regelungen schaffen.

Bürokratieabbau für Tourismusbetriebe.

Gerade unsere Tourismusbetriebe unterliegen einer Vielzahl von Regulierungen. Diese oft unnötigen Normen und Vorschriften führen zu großem Aufwand und Kosten. Wir wollen Bürokratie abbauen und sinnlose Bestimmungen abschaffen, um die Unternehmer im Tourismus zu entlasten. Damit diese sich wieder um ihre Gäste kümmern können statt sich den ganzen Tag mit Papierkram herumschlagen zu müssen.

Fachkräfteoffensive für Vorarlberg.

Immer öfter kommt es vor, dass Tourismus- und Gastronomiebetriebe in Vorarlberg zusperrten müssen, weil sie nicht ausreichend Personal finden. Dieser Entwicklung dürfen wir nicht tatenlos zusehen. Wir brauchen eine Fachkräfteoffensive für Vorarlberg, damit unseren Betrieben das notwendige Personal zur Verfügung steht.

„Vorarlberg“ als Marke stärker bewerben, um neue Märkte zu erschließen.

Neben der Erhaltung und Festigung der traditionellen Herkunftsmärkte müssen wir das Augenmerk auch verstärkt auf die Erschließung neuer Märkte legen.

Dazu ist es unerlässlich, unser „Vorarlberg“ als Dachmarke stärker zu bewerben und eine einheitliche Vermarktungsstrategie zu entwickeln.

Forcierung des Skisports im Kindesalter.

In Vorarlberg erlernen immer weniger Kinder das Skifahren. Dieser negativen Entwicklung wollen wir durch ein attraktives Unterstützungsangebot entgegenwirken. Es muss unser gemeinsames Ziel sein, wieder mehr Vorarlberger Kinder für den Skisport zu begeistern.

Wir wollen in Absprache mit dem Vorarlberger Tourismus ein Konzept zur Forcierung des Skisports im Kindesalter entwickeln. Der Fokus sollte einerseits auf Kinder gelegt werden, die bisher noch keine Möglichkeit hatten, das Skifahren zu erlernen und andererseits auf die stärkere finanzielle Beteiligung des Landes an den Kosten für Schulschikurse.

Funktionierendes Miteinander von Tourismus und Umwelt.

Der große Schatz unseres Landes ist die Vielfalt und Schönheit der Natur. Ziel und Interesse aller muss es sein, eine gute Balance zwischen dem Schutz der Natur auf der einen und der wirtschaftlichen Entwicklung auf der anderen Seite zu finden. Die Diskussion darf nicht Tourismus contra Umwelt laufen, sondern wir müssen in Vorarlberg beides miteinander in Einklang bringen.

Unsere Maßnahmen:

- Zukunftsfähige Infrastruktur statt Verhinderungspolitik
- Realistische Abschreibungsregelungen schaffen
- Bürokratieabbau für Tourismusbetriebe
- Fachkräfteoffensive für Vorarlberg
- Vorarlberg als Marke stärker bewerben
- Forcierung des Skisports im Kindesalter
- Funktionierendes Miteinander von Tourismus und Umwelt



Für ein starkes Vorarlberg in einem starken Europa.

*„Entscheidungen müssen dort getroffen werden,
wo es Sinn macht.“*

Das vereinte Europa ist als Friedensprojekt eine der größten Errungenschaften des letzten Jahrhunderts. Darüber hinaus profitiert unser Vorarlberg als sehr exportorientiertes Land im Herzen von Europa stark von der Europäischen Union. Deshalb müssen wir ein besonderes Interesse haben, dass die EU gut funktioniert. Und da muss es erlaubt sein, Entwicklungen, die in den letzten Jahren in die falsche Richtung gegangen sind, klar anzusprechen.

Entscheidungen dort treffen, wo es Sinn macht.

Die entscheidende Zukunftsfrage für die Entwicklung der EU wird sein, in welchen Bereichen die EU in Zukunft zuständig sein wird und was sie in Zukunft alles regeln soll? Da gibt es unterschiedlichste Ansätze. Es gibt jene, die einen zentralistischen EU-Superstaat wollen, bei dem die Mitgliedsstaaten ihre Souveränität verlieren und alles Wichtige in Brüssel entschieden wird. Diesen Weg halten wir für falsch und nicht zukunftsfähig.

Wir sagen: Entscheidungen müssen dort getroffen werden, wo es Sinn macht. Große Fragen, die nur gemeinschaftlich geregelt werden können, sollen durch ein starkes Europa gelöst werden. Über Dinge, die wir vor Ort selber besser regeln können, sollen die Regionen und die Mitgliedsstaaten selbst entscheiden können. Dort wissen sie besser, was für sie jeweils die richtige Lösung ist.

Schluss mit Bevormundung durch unnötige Vorschriften.

In vielen Bereichen versucht die EU heute mit enormem bürokratischem Aufwand in den kleinen Dingen alles gleich zu schalten, während in den wichtigen großen Fragen keine gesamteuropäische Linie gefunden wird.

Die Menschen haben aber völlig zu Recht kein Verständnis für ein System, in welchem ihnen und den Mitgliedsstaaten von einem Heer von Bürokraten tausende Vorschriften aufs Auge gedrückt werden, obwohl diese Vorgaben in vielen Fällen überhaupt nicht notwendig sind, aber Unsummen an Kosten verursachen. Diese Bevormundung muss daher schleunigst eingebremst werden. Wir wollen vielmehr ein bürgernahes Europa entwickeln.

Zudem hemmt diese Regulierungswut auch die positive wirtschaftliche Entwicklung. Wir hinken deshalb im Wettbewerb mit anderen Regionen immer weiter hinterher.

Die EU muss sich auf die großen Fragen konzentrieren, wie den Schutz der Außengrenzen und den Stopp der illegalen Migration und sich in anderen Bereichen, die die Mitgliedsstaaten oder Regionen selber besser regeln können, zurücknehmen.

Beitrittsverhandlungen mit der Türkei abbrechen.

Ein EU-Beitritt der Türkei ist für uns ausgeschlossen. Wir wollen deshalb, dass die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei nicht nur temporär ausgesetzt, sondern gänzlich abgebrochen werden.

Unsere Maßnahmen:

- Entscheidungen dort treffen, wo es Sinn macht
- Schluss mit der Bevormundung durch unnötige Vorschriften
- Schutz der EU-Außengrenzen sicherstellen
- Stopp der illegalen Migration
- EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei abbrechen



Bildungsland Vorarlberg

weiterentwickeln.

„Die Bildung unserer Kinder ist das Zukunftskapital unseres Landes.“

Jede Investition in die Bildung unserer Kinder ist eine Investition in die Zukunft. Wir wollen Vorarlberg in eine bildungspolitische Zukunft führen, die allen Kindern Bildungschancen eröffnet, die Talente fördert und dafür sorgt, dass kein Kind auf der Strecke bleibt.

Deutsch als Voraussetzung.

Die Anzahl an Kindern, die Deutsch nicht als Umgangssprache haben, steigt in Vorarlberg immer weiter an. Im Schuljahr 2018/19 hatten wir in bereits 31 Pflichtschulen einen Anteil von Kindern mit nicht-deutscher Muttersprache von über 50 Prozent. Das stellt unsere Lehrerinnen und Lehrer vor große Herausforderungen im Unterricht. Für uns Freiheitliche ist klar, dass mangelnde Deutschkenntnisse nicht dazu führen dürfen, dass einzelne Schülerinnen und Schüler sich selbst und die anderen vom Fortschritt im Unterricht abhalten.

Sprachförderung im Mutter-Kind-Pass verankern.

Die Eltern müssen einerseits in der Aufgabe des Spracherwerbs ihrer Kinder unterstützt und andererseits zur Kooperation verpflichtet werden. Wir wollen, dass die Sprachförderung als zusätzliches Element in den Mutter-Kind-Pass aufgenommen wird. Es muss Eltern klar gemacht werden, dass sie ihre Kinder beim Erwerb der deutschen Sprache zu unterstützen und nicht zu behindern haben. Das Erlernen der deutschen Sprache ist notwendig, damit die Integration der Kinder und Jugendlichen gelingen kann. Verweigern die Eltern diese Unterstützung und behindern sie den Erwerb der deutschen Sprache ihrer Kinder, soll dies als Konsequenz die Streichung von Sozialleistungen nach sich ziehen.

Verpflichtendes 2. Kindergartenjahr.

Für all jene, deren Deutschniveau nicht ausreicht, muss bereits das 1. Kindergartenjahr verpflichtend sein.

Deutschklassen überall, wo es notwendig ist.

Wir müssen sicherstellen, dass alle Kinder, die in die Schule kommen, ausreichend gut Deutsch können, um dem Unterricht folgen zu können. Mit der Einführung der Deutschklassen im Schuljahr 2018/19 ist ein wichtiger Schritt gelungen, um dieses Ziel zu erreichen. Deshalb wollen wir, dass in Vorarlberg entsprechende Deutschklassen auch wirklich an allen Schulstandorten umgesetzt werden, an denen sie notwendig sind.

Deutsch als Schulsprache verankern.

Für eine funktionierende Gesellschaft ist eine gemeinsame Sprache unverzichtbar. Wir wollen daher Deutsch als Schulsprache verankern. Um die Vermittlung der deutschen Sprache im Schulalltag bestmöglich zu verwirklichen, soll nicht nur im Unterricht, sondern auch in Pausen oder bei Schulveranstaltungen die deutsche Sprache verwendet werden. Die Umsetzung dieser Maßnahme würde einen wichtigen Beitrag zur besseren Integration, Leistungsförderung und Kommunikation an unseren Schulen darstellen.

Differenziertes Schulsystem erhalten.

Jedes Kind hat unterschiedliche Begabungen. Wir sehen es als Aufgabe des Bildungssystems, die Kinder in ihren individuellen Bedürfnissen, Interessen und Stärken zu fördern. Das schaffen wir am besten durch ein differenziertes Schulsystem mit unterschiedlichen Schultypen. Dieses differenzierte Schulsystem wollen wir sowohl in der Pflichtschule nach der Volksschule als auch bei weiterführenden Schulen erhalten.

Im Wissen, dass die Unterschiede bei den Fähigkeiten und Begabungen der Kinder immer größer geworden sind - die Flüchtlingswelle der letzten Jahre hat diese



Entwicklung noch einmal spürbar verschärft - ist das geplante Aus des differenzierten Schulsystems in Vorarlberg mit Sicherheit der falsche Weg für unser Land. Wenn die Unterschiede bei den Kindern größer werden, kann die Antwort darauf nicht sein, allen den gleichen Schultyp überzustülpen. Vielmehr muss es Aufgabe eines modernen Bildungssystems sein, jedes Kind nach seinen individuellen Bedürfnissen, Interessen und Stärken zu fördern, um eine gute Basis für ein erfolgreiches Leben zu schaffen. Dafür braucht es ein vielfältiges Angebot an Schulformen – sowohl in der Pflichtschule nach der Volksschule als auch bei weiterführenden Schulen.

Weg von der Türschildpolitik hin zur inhaltlichen Reform.

In den letzten Jahren hat sich in der Bildungspolitik des Landes fast alles mit der Frage der Organisationsform unserer Schulen beschäftigt. Viel Zeit, Energie und vor allem Geld wurde und wird dafür aufgewendet. Die andauernden Diskussionen ohne tatsächliches Ergebnis führen zu einer belastenden Verunsicherung der Kinder, der Eltern und auch der Lehrpersonen in unserem Land. Wir wollen ein Ende dieser Türschildpolitik. Das differenzierte Schulsystem und damit die Wahlfreiheit, jedes Kind in die individuell passende Schulform schicken zu können, muss erhalten bleiben. In Zukunft muss die Bildungsdiskussion weniger über die Organisationsform, sondern vielmehr über die Inhalte stattfinden.

Kompetenz der Lehrer stärken.

Eine gute fachliche und pädagogische Ausbildung unserer Lehrerinnen und Lehrer ist ein absolutes Muss. Wir brauchen ausreichend und bestens ausgebildete Lehrpersonen, die ihrem Auftrag als Bildungsmanager gerecht werden können. Um wieder möglichst individuell auf die Stärken und Schwächen unserer Kinder eingehen zu können, müssen die Lehrpläne entrümpelt werden. Im Vordergrund der frühen Bildung muss das Erlernen der Grundkompetenzen Lesen, Rechnen und Schreiben stehen.

Stärkere Förderung in der Schule statt teurer Nachhilfe.

Der Unterschiedlichkeit unserer Kinder in ihren Stärken und Schwächen kann mit den momentanen Stunden- und Personalressourcen nicht ausreichend entsprochen werden. Viele Eltern sehen sich daher gezwungen, viel Geld für Nachhilfestunden aufzuwenden. Das wollen wir ändern. Wir fordern den Aufbau eines Lehrpersonalpools im Land, um ein Kontingent an frei verfügbaren und flexibel einsetzbaren Ressourcen für unsere Schulen zu haben.

Schulautonomie stärken - Bürokratie abbauen.

Wer vor Ort bei unseren Kindern in der Klasse ist, weiß besser, was diese für ihren Lernerfolg brauchen, als eine Zentralstelle in Wien. Ein gutes Bildungssystem braucht überprüfbare Leistungsstandards. In der Vermittlung dieser soll den Schulen aber größtmögliche Autonomie eingeräumt werden. In diesem Zusammenhang ist auch das derzeitige komplexe, bürokratieaufwendige System der Schulverwaltung endlich zu entrümpeln. Wir geben viel Geld für Bildung aus, das Geld kommt aber leider nicht immer in den Klassen an.

Keine Parteipolitik an unseren Schulen.

Wir stehen zur politischen Bildung in unseren Schulen. Parteipolitik hat jedoch an unseren Schulen nichts verloren. Wir sprechen uns ganz klar gegen den Missbrauch von Autoritätsverhältnissen durch manche Lehrpersonen aus. Vermittlung von Inhalten JA, Meinungszwang NEIN.

Unsere Maßnahmen:

- Deutsch als Voraussetzung
- Sprachförderung im Mutter-Kind-Pass verankern
- Verpflichtendes 2. Kindergartenjahr
- Deutschklassen ausbauen
- Deutsch als Schulsprache verankern
- Differenziertes Schulsystem erhalten
- Aufwertung des Lehrerberufs
- Stärkung der Lehrerkompetenzen
- Einrichtung eines flexiblen Lehrerpools
- Entrümpelung der Lehrpläne
- Schulverwaltung entrümpeln
- Schulstandorte stärken
- Parteipolitik an Schulen verhindern



Umwelt- und Klimaschutz mit Hausverstand

*„Weil wir unsere Heimat lieben,
müssen wir sie schützen.“*

Die Schönheit und Vielfalt unserer Landschaft und Natur ist etwas Einzigartiges, das es zu schützen gilt. Unsere Aufgabe ist es, unseren Lebensraum und unsere Natur lebenswert zu erhalten, um auch unseren nachfolgenden Generationen die bestmögliche Lebensgrundlage zu sichern.

Dazu gehört ganz besonders der Schutz unserer Umwelt und unseres Klimas. Entscheidend ist, dass wir mit unseren Ressourcen sorgsam umgehen und die Treibhausgasemissionen reduzieren.

Neue Technologien statt neue Belastungen.

Wir wollen den aktiven Klimaschutz nicht durch Verbote oder höhere Steuern aufzwingen, sondern durch Anreize und Innovationen sicherstellen - nicht mit Hysterie, sondern mit Hausverstand.

Mit Verboten und Belastungen gewinnt man die Menschen nicht für den Klimaschutz. Die Herausforderungen in diesem Bereich müssen wir in erster Linie technisch bewältigen. Wir müssen die CO₂-freien Technologien nach Vorarlberg holen. Daraus kann sich eine Startup-Landschaft ungeahnten Ausmaßes in unserem Land entwickeln. Wir würden in zweierlei Hinsicht enorm davon profitieren: Einerseits könnte der CO₂-Ausstoß massiv gesenkt werden ohne dabei Wohlstand einzubüßen. Andererseits würde ein Wirtschaftszweig der Zukunft forciert.

Wasserstoff-Offensive für Vorarlberg.

Die umweltfreundliche Wasserstofftechnologie wird bei der Mobilitäts- und Energiewende eine wichtige Rolle spielen. Es gilt, das ökologische und wirtschaftliche Potenzial dieser Technologie sowohl als zukunftsweisende Antriebsform im Verkehr, als auch im Bereich der Wirtschaft bestmöglich zu nutzen. Die Zeit ist reif dafür.

Wir wollen hier einen Forschungs- und Innovations-schwerpunkt setzen und eine Investitionsoffensive starten. Vorarlberg braucht im Sinne der Energieautonomie auch eine Wasserstoff-Strategie, um in diesem Bereich nicht den Anschluss an andere Regionen zu verlieren.

Anteil erneuerbarer Energie auf 100 Prozent ausbauen.

Um im Energiebereich langfristig Versorgungssicherheit, Sauberkeit und Leistbarkeit sicherstellen zu können, müssen wir den Anteil erneuerbarer Energie in Vorarlberg rasch auf 100 Prozent ausbauen. Dazu müssen wir die vorhandenen Potenziale bei der Wasserkraft optimal nutzen und die Energieerzeugung vor allem aus Sonnenenergie und Biomasse durch entsprechende Förderungen weiter ausbauen.

Mehrweg statt Einweg.

Plastik – und dabei allzu oft leider Einwegplastik - bestimmt immer mehr unseren Alltag. Gegen die Entstehung und Zunahme von Plastikabfällen und deren Verteilung in der Umwelt ist konsequent vorzugehen. Ziel ist die Etablierung einer nachhaltigen, umwelt- und ressourcenschonenden Kreislaufwirtschaft.

PKW-Schadstoffausstoß reduzieren – Umstieg fördern.

Neben der stärkeren Nutzung von alternativen, umweltschonenden Antriebsformen - wie Elektro- oder Hybridmotoren - muss es parallel dazu auch gelingen, den Schadstoffausstoß durch alte PKW deutlich zu verringern. Eine Förderung für den Umstieg von alten auf neue, schadstoffarme Fahrzeuge kann spürbar zur Reduktion von Umweltbelastungen beitragen.

Wasser schützen und nutzen.

Der einzige echte Bodenschatz in unserem Land ist das Wasser. Dieses wertvolle Gut müssen wir vor Zugriffen schützen und gleichzeitig selbstbestimmt nutzen.

Dem steigenden Stromverbrauch und den damit verbundenen Stromimporten wollen wir durch Maßnahmen im eigenen Wirkungsbereich entgegenzutreten, sonst ist das ambitionierte Ziel der Energieautonomie nicht zu erreichen. Die vorhandenen Potenziale der Ressource Wasser zur Stromerzeugung sind daher zu nutzen.

Solarenergie forcieren.

In den vergangenen Jahren wurde das Ausbauziel der Energieautonomie von jährlich 15.000 m² Solarfläche für thermische Solaranlagen nicht mehr erreicht. Es ist daher notwendig, Impulse zur vermehrten Errichtung von Solaranlagen auch zur Warmwasserbereitung zu setzen. Nur so können wir das gesamte Potenzial der Sonne effizient nutzen.

Althausanierung steigern.

Der Gebäudebereich ist jener Bereich mit dem größten Verbrauch an Endenergie. Die thermische Sanierung des Gebäudebestandes spielt daher eine bedeutende Rolle, wenn es darum geht, Energie einzusparen und damit durch eine nachhaltige Verringerung der CO₂-Emissionen den Umwelt- und Klimaschutz auszubauen.

In den vergangenen Jahren ist es der Landesregierung nicht gelungen, die rückläufigen Sanierungszahlen zu stoppen. Wir wollen diesem negativen Trend mit einer deutlichen Attraktivierung der Sanierungsförderung entgegenwirken.

Energie aus Holz.

Biomasse ist hinter der Wasserkraft die zweitwichtigste erneuerbare Energiequelle in Vorarlberg. 37 Prozent der Landesfläche sind Wald. Wir verfügen somit über ein enormes Potenzial für eine nachhaltige, klimafreundliche Energieerzeugung. Holz ist ein wichtiger Energieträger, der als Alternative zu Heizöl und Erdgas viel stärker genutzt werden muss. Mit einer Offensive im Bereich der Holzheizungen wollen wir diesen Energieträger deutlich stärken.

Unsere Maßnahmen:

- Neue Technologien statt neue Belastungen
- Wasserstoff-Offensive für Vorarlberg
- Schonende Nutzung der Ressourcen
- Anteil erneuerbarer Energie auf 100 Prozent ausbauen
- Vorhandene Wasserkraftpotenziale nutzen
- Forcierung der Solarenergie
- Steigerung der Althaus-Sanierungsrate
- Holzheizungsoffensive

Vorarlberg als kulturelle Aufsteigerregion positionieren.

„Die Politik trägt Verantwortung für die Weitergabe unseres kulturellen Erbes.“

Vorarlberg kann mit Stolz als kulturelle Aufsteigerregion bezeichnet werden. Neben den Spitzenangeboten wie Kunsthaus, Vorarlberg Museum, Landestheater, Landesorchester, Schubertiade und den Bregenzer Festspielen mit überregionaler Ausstrahlung ist die Breitenkultur für die kulturelle Identität unseres Landes genauso von herausragender Bedeutung.

Kulturelles Erbe weitergeben.

Grundlage dieser kulturellen Vielfalt ist nicht zuletzt das ehrenamtliche Engagement vieler Vorarlbergerinnen und Vorarlberger. Ziel der Vorarlberger Kulturpolitik muss es sein, den Reichtum auf diesem Gebiet zu erhalten, das bürgerschaftliche Engagement zu stärken und die Weitergabe dieses kulturellen Erbes an die Jugend und die kommenden Generationen konsequent zu fördern.

Kulturhauptstadt 2024.

Die Bewerbung der Städte Dornbirn, Feldkirch, Hohenems und der Region Bregenzerwald zur europäischen Kulturhauptstadt 2024 wurde von der Landesregierung leider wenig begeistert aufgenommen. Wir Freiheitlichen unterstützen diese Bewerbung und sehen diese als weitere Chance für innovative Ideen für die Kultur in diesem Raum.

Kreativität fördern.

Die Beschäftigung mit Musik, Theater und Tanz ist erwiesenermaßen hervorragend geeignet, kreative Anlagen zu wecken und auszubilden. Das ist für die kognitive Entwicklung eines jungen Menschen von erheblicher Bedeutung und sollte im Bereich der Förderpolitik noch stärker Berücksichtigung finden.

Musikalische Ausbildung forcieren.

Die musikalische Grundausbildung von Anfang an ist ein Gut, für das wir uns einsetzen müssen, unter anderem in den Lehrplänen und durch die Förderung besserer Rahmenbedingungen in der Ausbildung von Pädagoginnen und Pädagogen an der Bildungsanstalt für Elementarpädagogik und der Pädagogischen Hochschule.

Unsere Maßnahmen:

- Unterstützung der Bewerbung zur europäischen Kulturhauptstadt
- Vorarlbergs Hochkultur als Chance für den Kulturtourismus wertschätzen
- Landesgalerie für bildende Kunst errichten
- Standortkonzept für Industriemuseum abschließen
- Klein- und Themenmuseen in der Vermarktung unterstützen
- Vereine und Verbände, die sich der Brauchtums- und Heimatpflege widmen, fördern
- Kulturelle Bildung als Chance für unsere Jugend wahrnehmen
- Studienlehrgang „Kulturtourismus“ an der FH Vorarlberg prüfen
- Kulturelle Teilhabe allen Bevölkerungsschichten ermöglichen
- Förderungen im Kulturbereich stärker objektivieren
- musikalische Grundversorgung verbessern



Sport und Bewegung fördern.

„Bewegt in eine gesunde und sportlich erfolgreiche Zukunft.“

Sport und Bewegung tragen maßgeblich zu Wohlbefinden und Gesundheit bei und haben damit auch einen positiven volkswirtschaftlichen Aspekt. Wir bekennen uns daher klar zum Einsatz von öffentlichen Mitteln in diesem Bereich.

Das Land bewegen.

Leider bestätigen mehrere Studien, dass unsere Wohlstandsgesellschaft in vielen Bereichen zu Bewegungsmangel führt. Wir sehen in der Bewegungserziehung an unseren Kindergärten und Schulen eine wichtige Voraussetzung für lebenslanges Sporttreiben. Durch entsprechende Bewusstseinsbildung kann hier die Arbeit der vielen ehrenamtlichen Funktionäre und Betreuer in unseren zahlreichen Sportvereinen unterstützt werden.

Nachwuchsarbeit sichern.

In einer konzentrierten Schwerpunktförderung der Jugend- und Nachwuchsarbeit sehen wir einen wichtigen Beitrag zur sportlichen Entwicklung junger Menschen und in weiterer Folge zur Sicherung des wichtigen Vereinslebens. Neben einer vernünftigen Förderung des Profisports, auch über den Weg einer entsprechend attraktiven Infrastruktur, muss daher aus unserer Sicht auch in Zukunft der Schwerpunkt der Förderung im Nachwuchsbereich liegen.

Behindertensport ausbauen.

Die in den vergangenen Jahren in Vorarlberg gesteigerten Aktivitäten im Bereich des Behindertensports werden nicht zuletzt aufgrund der großartigen Leistungen unserer Sportler kontinuierlich unter Beweis gestellt und müssen weiter ausgebaut werden.

Unsere Maßnahmen:

- Mehr Bewegung von klein auf
- Kooperation Kindergarten, Schule und Vereine für mehr Bewegung forcieren
- Tägliche Bewegungseinheit umsetzen
- Sportvereine mit Schwerpunkt auf Jugend- und Nachwuchsbereich fördern
- Förderwesen entbürokratisieren
- Unterstützung für das Vorarlberger Olympiazentrum
- Transparente Förderung des Spitzensports
- Sportinfrastruktur für unsere Vereine ausbauen
- Behindertensport weiter ausbauen
- Maßnahmen zur Forcierung des Skisports im Kindesalter in Kooperation mit der Tourismuswirtschaft setzen
- Schulskiwochen fördern
- Eigenständiges Sportgymnasium für Vorarlberg endlich realisieren
- Ehrenamt stärken

